

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 17. November 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

**Am Donnerstag kann des Bußtages wegen keine Zeitung erscheinen. Die nächste Nummer unseres Blattes erscheint am Freitag.**

### Schutz den Bauarbeitern!

Schon kürzlich haben wir auf die von der Lohnkommission der Maurer Berlins herausgegebene Broschüre „Mißstände im Baugewerbe“ hingewiesen. Sie ist das Produkt einer in der Zeit vom 20. bis 30. September d. J. durch eine Kommission von Arbeitern vorgenommenen Baukontrolle, die sich auf 309 Bauten in Berlin und seinen Vororten erstreckte, auf denen 5547 Maurer beschäftigt waren. Der Zweck der Untersuchung war, festzustellen, wie weit die Klagen der Bauarbeiter über Mißstände, Gesundheits- und Lebensgefährdungen auf den Bauten begründet sind. — Man wird annehmen dürfen, daß die Kommission kein allzu leichtes Arbeiten gehabt hat und daß eine Enquete durch autorisierte Personen, die sich überall Zutritt und Antworten erzwingen können, ein wesentlich vollständigeres Material zusammengebracht haben würde und dieses zu einem bessern Bild der tatsächlichen Zustände hätte verarbeiten können, als es hier durch eine Anzahl beauftragter Arbeiter geschieht ist.

Aber gerade weil diese Untersuchung mit so ungenügenden Mitteln vorgenommen werden mußte und sicherlich nur ein Bruchstück dessen enthält, was auf diesem Gebiet zu ermitteln und zu sagen gewesen wäre, ist es doppelt bezeichnend, daß trotzdem eine so sehr große Zahl von zum Theil krassen Mißständen aufgedeckt worden ist. Dies konnte nur geschehen, wenn auf dem Gebiet des Bauwesens noch Zustände herrschen, wie man sie in einer Zeit nicht mehr erwarten sollte, da der „Arbeiterklub“ in allen Kulturstaaten längst als eine Aufgabe des Staates ausgegeben wird.

Die genannte Kommission hat ihr Augenmerk namentlich auf drei Punkte gerichtet: auf das Vorhandensein und den Zustand der sogenannten Baubuden, der Bedürfnisanstalten und auf die Sicherheit der Rüstungen. Viele andere Uebelstände sind diesmal nicht berücksichtigt worden, so das Arbeiten in der Nähe von glühenden Kohlenofen, das sowohl wegen der Einatmung des giftigen Kohlenoxyds als auch wegen der schroffen Temperaturwechsel, denen solche Arbeiter ausgesetzt sind, sehr gefährlich ist; so ferner das Arbeiten vieler Kategorien von Bauarbeitern während des Winters in den zugigen Bauten bei unversicherten Fenstern und vieles dergleichen. Aber auch so ist genug die weiteste Öffentlichkeit interessiert und das Tageslicht befördert worden.

Sehen wir uns die einzelnen Arten der aufgedeckten Mißstände etwas näher an. Zuerst die Baubuden. Der § 120b der Gewerbe-Ordnung verlangt:

„In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein.“

Diese Voraussetzungen treffen gewiß auf die Maurer zu; aber den hier durch das Gesetz gestellten Anforderungen wird nicht in allen Fällen entsprochen und sehr häufig in der allerniedrigsten und gesundheitsgefährlichsten Weise. Es ist gewiß keine übertriebene Forderung, wenn Arbeiter sich in den Arbeitspausen nicht innerhalb der nassen, schmutzigen, mit allerlei Gerümpel und Gerüsten ausgefüllten Räumen des Neubaus aufhalten wollen, sondern ein Geheiß verlangen, in dem sie die Kleider aufbewahren und gegen Sonnenhitze und Regenwetter geschützt, in menschlicher Weise an Tischen sitzend, ihr Essen verzehren können. Verschiedene Städte haben denn auch schon, vermutlich auf § 120d der Gewerbe-Ordnung gestützt, Verordnungen über die Anlage von Baubuden erlassen. Der sich hierauf beziehende Verordnung der Stadt Hannover entnehmen wir, um ein Beispiel vorzuführen, die folgende Bestimmung:

„Der Aufenthalt der Bauarbeiter in den Arbeitspausen zum Zwecke der Erholung und zum Einnehmen des Essens u. s. w. in Neubauten, welche sich noch im Rohbaustand befinden, oder noch nicht vollständig ausgetrocknet sind, ist, weil gesundheitschädlich, untersagt. — Werden mehr als 10 Arbeiter an einem Neubau dauernd beschäftigt, so ist vor Beginn der Erd- und Mauerarbeiten, spätestens aber drei Tage nach Arbeitsanfang, eine besondere, mindestens 2,50 Meter hohe Baubude auf der Baustelle selbst zu errichten, deren Größe so zu bemessen ist, daß auf jeden Arbeiter etwa 0,60-0,75 Quadratmeter Raumfläche entfallen. — Die Wände und die Decke der Bude müssen so dicht — etwa aus gesundem oder überlapptem — Brettern hergestellt sein, daß die Arbeiter gegen Zugluft vollständig geschützt sind. Das Dach ist mit Pappe einzudecken und der Raum durch Fenster hinreichend zu erleuchten; auch muß der letztere leicht gelüftet werden können. — Hat die Baubude auch den Winter hindurch zum Aufenthalt der Arbeiter zu dienen, so sind doppelte Bretterwände, deren Zwischenraum mit Füllmaterial auszustopfen ist, oder Fachwände mit Ziegelsteinmauerung, sowie die feuerfichere Aufstellung eines Ofens vorzuziehen.“

In Berlin ist man noch nicht so weit. Unter den kontrollierten Bauten wurden 13 gefunden, die überhaupt keinen derartigen Aufenthalt für die Arbeiter kannten. Auf 351 Bauten war eine Bude vorhanden. Ueber deren Zustand geben die folgenden Zahlen Auskunft. Es fanden sich Baubuden:

ohne genügende Tische und Bänke	82
ohne luftdichte Seitenwände	124
ohne wasserdichtes Dach	47
ohne zum Öffnen eingerichtete Fenster	167
ohne Fenster überhaupt	88
ohne verschließbare Thüre	39
ohne Holzfußboden	267
ohne Ofen	305

Sehr geklagt wird über die unzureichende Größe sehr vieler dieser Baubuden; gingen sie doch herab bis auf 1/4 Quadratmeter Bodenfläche pro Mann. Sodann wird geklagt über die sich schon aus den obigen Zahlen ergebende Gesundheitschädlichkeit vieler dieser Anlagen. So heißt es in der Broschüre: „Die Arbeitskleidung wird während der Nacht an die inneren Wandflächen der Bude gehängt, des Nachts regnet es, und da Wände und Dach defekt sind, werden die Sachen so naß, daß sie frühmorgens ausgetrocknet werden müssen.“

Der Arbeiter muß sie aber in Ermangelung anderer wieder anziehen. . . . Etwas Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter erfordert auch, daß die Bude mit einem Holzfußboden versehen sein müßte, welcher mindestens etliche Zoll über der Terrahöhe des Hofes gelegt wird. Das letztere deswegen, damit nicht bei eintretendem Regenwetter in der Mauerbude mehr Wasser vorhanden ist, als auf dem übrigen Theil des Hofes.“

Was die Aborte betrifft, so wurden solche in 14 Fällen überhaupt nicht gefunden. 345 der untersuchten Bauten besaßen Aborte; in welchem Zustande, das lehren die folgenden Zahlen. Es fanden sich Aborte

ohne Thüren und Fenster	289
ohne dichte Seitenwände	170
ohne Dach	13
ohne wasserdichtes Dach	107
solche, in die man von der Straße, der Arbeitsstelle, oder den Fenstern der Nachbargebäude aus hineinschauen konnte	111
ohne Anschluß an die Kanalisation	263
ohne Wasserleitung	254
überhaupt ohne Sitzbretter	143
überfüllte Latrinen hatten	55

Diese Zahlen sprechen ja deutlich genug. In dem schon angezogenen § 120b der Gewerbe-Ordnung heißt es:

„Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß für die Zahl der Arbeiter andere, als den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.“

Wenn für die Durchführung dieser Bestimmungen überall gesorgt würde, so könnten solche Skandalösen, der Gesundheit und der Sittlichkeit hochsprachen Zustände, wie sie oben geschildert sind, in Berlin nicht angeht werden.

Der dritte bei der Untersuchung berücksichtigte Punkt war die Sicherheit der Bauten und Gerüste. Und hierbei handelt es sich für die Bauarbeiter ja um das allerwichtigste Lebensinteresse; denn durch die Verletzung wird das Leben der Bauarbeiter fortwährend und direkt gefährdet: durch Bruch des Gerüsts, durch Sturz des Mannes in die Tiefe infolge nicht vorhandener Schutzeinrichtungen und endlich durch Herunterfallen schwerer Gegenstände auf die unten Arbeitenden, ebenfalls infolge mangelnder Schutzeinrichtungen.

Wie kolossal die Unfallgefahr speziell der Bauarbeiter ist, das zeigen uns die von den 12 bestehenden Baugewerks-Vereinsgenossenschaften veröffentlichten Zahlen über die angemeldeten Unfälle. Im Jahre 1895 wurden bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften registriert:

Unfälle insgesamt	29 377
davon entschuldigungspflichtige (also mit längerer als dreizehnwöchiger Erwerbsunfähigkeit der Verunglückten)	6 269
geldbetrt wurden	746

Die Unfall-Vereinsgenossenschaften suchen ja durch Unfallverhütungs-Vorschriften die Unfälle zu vermindern, weil sie für die Folgen derselben finanziell eintreten müssen. Die Vorschriften scheinen jedoch nicht genügend beachtet, die Befolgung derselben auch nicht genügend kontrollirt zu werden. Schon das vorchriftsmäßig anzuhängende Plakat mit den Unfallverhütungs-Vorschriften wurde auf 88 Bauten überhaupt nicht vorgefunden. Was die revidierenden Arbeiter sonst noch gesehen haben, ist aus den folgenden Zahlen zu ersehen. Man fand

nicht genügende Rüstung	89 mal
das Rüstung in schlechtem Zustande	18 "
die Rüstung nicht genügend gesteuert und gedeckt	20 "
unsichere Leitern	10 "
nicht genügende Bedeckung der Balkenlagen	115 "
keine Brustwehr und Fußbretter auf den Rüstungen	12 "
die Zugänge zu den offenen Treppenhäusern nicht versperrt	79 "
die Zugänge zu den Balkenthüren nicht versperrt	92 "
offene Küchendecken	31 "
Kalkgruben und andere Öffnungen nicht umfriedigt	33 "
Treppen ohne Nothgeländer	26 "

Ueber die unsicheren Zustände auf den Bauten entnehmen wir der Broschüre noch die folgenden Stellen:

„Halbverfallene Miegel und Bretter (Stellenweise alter Fußbodenbelag) sind an der Tagesordnung. Stellenweise sind ganze Treppenhäuser, vom Keller bis in die vierte Etage ohne Abdeckung, noch sind die Zugänge an denselben versperrt, so daß in jeder Jahreszeit, wenn bei Beginn und Ende der Arbeitszeit die Bauarbeiter im Finstern zu und von der Arbeitsstelle gehen, die Treppenhäuser zu wahren Wolfgruben werden. Auf vielen Stellen wird über derartig freien Schländen auf der einzigen darüber gedeckten Rüstung gemauert. . . . Ein weiterer Uebelstand ist darin zu finden, daß nach Verlegung der Küchen-träger auf den meisten Bauten das Küchenmüllblech noch nicht am Plage ist. Ja, auf vielen Bauten wird dasselbe erst eingeschoben, wenn das Haus schon hoch ist. So bleiben diese Köcher mehrere Etagen hoch frei.“

Und so gehen die Klagen weiter in langer Reihe.

Die Polizei, auch die Berliner, hat ja vielfach Verordnungen über die auf Bauten inne zu haltenden Vorsichtsmaßregeln erlassen. Dahin gehört z. B., daß die Balkenlagen jeder Etage sofort nach Verlegung zu bedecken, daß die offenen Treppenhäuser während des Weiterbaus zu versperren oder in jeder Etage zu bedecken sind, daß die Rüstungen mit Schutzhütungen z. ver-sehen sein müssen. Wie man aber aus den obigen Ermittlungen der Arbeiter sieht, werden diese Polizeiverordnungen keineswegs immer beachtet, und sie haben nicht verhindern können, daß jährlich zehntausende von Menschen auf Bauten verunglücken. Auch die Unfall-Verhütungsvorschriften der Vereinsgenossenschaften haben sich als ohnmächtig erwiesen.

Aufsichts dieser Thatsachen ist dringend und mit allem Nachdruck zu wünschen, daß der Bund des Raths von dem ihm durch § 120b der Gewerbe-Ordnung beigelegten Recht Gebrauch machen und — wie schon für mehrere Gewerbe üblich — ein Gesetz erlassen, das eine spezielle Verordnung zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter erlassen würde. Gleichzeitig müßte dann — damit

diese speziellen Schutzvorschriften auch wirklich durchgeführt werden — die in § 130b der Gewerbe-Ordnung geregelte Gewerbe-Kontrolle auf das Baugewerbe ausgedehnt werden, wie nach § 151 Abs. 4 desselben Gesetzes zulässig ist.

Wir meinen, nachdem sich der Schwundel im Baugewerbe so eingemietet hat, nachdem die Gewissenlosigkeit eines Theiles der Bauunternehmer im Laufe der Jahre hunderttausende von Unglücksfällen und tausende von zu vermeidenden Tötungen deutscher Arbeiter verschuldet hat, da wäre es an der Zeit, daß von den vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen energisch Gebrauch gemacht würde, um diese Zustände nach Möglichkeit zu beseitigen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 16. November.

**Die Konservativen in Nöthen.** Die Wahl in Westpreignitz hat den alten Bruderkwitz zwischen den in den ländlichen Kreisen erbeingewonnenen Konservativen und den in diese Stammes eingubrochenen jederzeit bereiten Antisemiten in heißen Kämpfen auslösend lassen. In diesem Zwist handelt es sich für beide Theile in hervorragendem Maße um die Stellung des Bundes der Landwirthe zu ihnen. Hierzu schreibt die „Konf. Korresp.“:

„Eine bedeutsame Frage bei dieser antisemitischen Mobil-machung ist aber auch die: wie wird der Bund der Landwirthe sich dazu stellen? Schon hat die landwirtschaftliche Sache durch die antisemitischen Treiber, bei denen die antisemitische Zugewandtheit zum Bunde der Landwirthe besonders betont zu werden pflegt, einige ihr wohlgeleitete Reichstags-Vertreter eingebüßt, erlöst nun ein allgemeiner antisemitischer Ansturm auf Kon-servative, von Agraragenern bedrohte Wahlkreise, so wird es selbstverständlich Pflicht des Bundes der Landwirthe sein, dazu grundsätzliche Stellung zu nehmen, und zwar wird dies alsbald, nicht erst in der Wahlbewegung erfolgen müssen. Wir erachten es zunächst für absolut erforderlich, daß die Bundes-leitung ihren Vertrauensmännern aufgiebt, gegen jede Sonderkandidatur von vornherein zu wirken und daß sie vor den antisemitischen Einbruchsplänen warnt. Da dieselben unbedeutbar einen Akt der Feindseligkeit auch gegen die Agrarbewegung darstellen, insofern sie den Agrar-agenern zu gute kommen, wird ferner vom Bunde der Landwirthe erwartet werden müssen, daß er unmissverständlich und grundsätzlich die Antisemiten dort als Gegner behandelt, wo sie Einbruchversuche anstellen. Es geht keines-falls an, einer Partei gegenüber, die offen die Absicht ausdrückt, lieber einem Freisinnigen als einem Konservativen in den Reichs-tag zu verbeugen, mit wohlwollender „Unparteilichkeit“ zu ver-fahren. Eine solche „Unparteilichkeit“ wird unter diesen Umständen zur Gegnerschaft gegen die konservative Partei. Es wird also konservativseits darauf gedrungen werden müssen, daß der Bund der Landwirthe ungesäumt zu den antisemitischen Einbruchsplänen eine unzu-weidentige und grundsätzliche Stellung einnimmt; denn wenn der Bund die Konservativen in dieser Angelegenheit im Stiche lassen wollte, würde das nicht nur der landwirtschaftlichen Sache erheblich schaden, sondern auch den Bestand des Bundes selbst in Frage stellen.“

Aus diesen Zeilen der „R. R.“ spricht die blasse Furcht der konservativen Kreise von den Antisemiten. Der Ursache, den sie selbst herangezogen haben, wächst ihnen über den Kopf und will sich selbständig machen. Schon bei der 1893er Reichstagswahl gingen so den Konservativen eine Anzahl Wahlkreise verloren, in denen die „Reformer“ die Erbschaft antraten. Rehnliches und in noch stärkerem Maße ist nun für die nächsten Wahlen zu erwarten. Der allgemeine „Zug nach links“ reißt zahlreiche Anhänger-scharen von den Konservativen zu den Antisemiten. Da wird den junkerlichen Feudalherren gar bange und sie müssen vor allem versuchen, daß die Organi-sation des „Bundes der Landwirthe“ ihnen zur Verfügung bleiben. Dies aber ist bei den Selbständig-keits-Bestrebungen und dem Größenbewußtsein der Päch-linge eine recht zweifelhafte Sache. Man kann neugierig sein, was das Bündlerorgan auf die obige Auslassung des offiziellen Organs der konservativen Partei sagen wird. Bis jetzt hat es noch keine geeignete Antwort gefunden und es wird sich jedenfalls um die gewünschte unzuweidentige und grundsätzliche Stellung“ herumzudrücken versuchen.

So knistert und knarxt es allenthalben in den Reihen der konservativen Reaktion. Glück auf zur „Sammel-politik“!

„Ein Mohntwort in letzter Stunde“ bringt das neueste Beibest zum „Wil. Wochenblatt“ aus der Feder des General-majors z. v. Estorf gegen die Reform der Militär-Strafgerichts-Ordnung. Der General-major will zwar die Beibehaltung des jetzigen Zustandes der Militärstrafgerichts-pflege nicht befürworten — das wäre auch eine ebenso vergebliche wie sonderbare Absicht, obwohl man sich nicht wundern brauchte, sie bei dem Herrn anzutreffen, da derselbe die jetzige Rechtsprechung beim Militär als völlig tadellos ansieht —, er will nur für die Beibehaltung der Stellung der Vorgesetzten als Gerichts-herrn eine Lanze brechen. Dieses sei eine „für die Disziplin der Armee entscheidende Angelegenheit“. Die Stellung des Gerichtsherrn ist bekanntlich auch diejenige Frage, wegen deren hauptsächlich im kaiserlichen Militärkabinett Widerstand gegen die Reform geleistet worden sein soll. Und diese Frage ist allerdings von größter Wichtigkeit.

Der Gerichtsherr ist, wie sein Name sagt, jetzt der maßgebende Faktor des ganzen Militärprozesses. Er hat in letzter Stelle über alle Stadien des Prozesses zu entscheiden. Er hat zu entscheiden, ob die Strafverfolgung eintreten soll, ob die Untersuchungshaft verhängt werden soll, er hat vor

allem das Urtheil zu bestätigen, wenn es rechtskräftig werden soll, er kann das Urtheil zurückverweisen, wenn es ihm, dem einzelnen, dem jeder juristischen Ausbildung Entbehrenden nicht genehm ist.

Herr v. Estorff, der die Beibehaltung dieser Stellung des Gerichtsherrn verlangt, bringt so gut wie nichts zur Befürwortung seiner Meinung vor. Er wehrt lediglich ab, daß der Gerichtsherr bisher pflichtwidrig gehandelt hätte. Darum aber handelt es sich überhaupt nicht. Es handelt sich darum, daß die Vereinigung solcher Befugnisse, wie sie dem Gerichtsherrn zukommen, in einer Person und noch dazu in einer juristisch nicht vorgebildeten Person allen Rechtsirrhümern und Rechtsentstellungen Thür und Thor öffnet. Wir wollen statt aller weiteren Darlegungen gegenüber dem Besuch des Generalmajors, in letzter Stunde der Reform hindernd in den Weg zu treten, nur zitieren, was Reichsgerichtsrath Dr. Stenglein gerade jetzt in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ über die Frage der Bestätigung der Urtheile durch die Gerichtsherrn bez. des „obersten Kriegsherrn“ sagt:

„Es würde jede Reform des Verfahrens ihren Werth verlieren, würde diese Einrichtung fortbestehen; denn was hätte das beste Mittel, die Wahrheit zu erkennen und auf die als wahr erkannten Thatsachen das Gesetz anzuwenden, für einen Werth, wenn eine daneben bestehende Gewalt, ohne aus den gleichen Erkenntnisquellen geschöpft zu haben, das Erkannte als unrichtig und verbesserungsbedürftig bezeichnete kann?“

Nach diesem Pronunciamento des „Militär-Wochenblatts“ darf man sich gefaßt machen, daß die Freunde einer wahrhaften Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung noch einen heißen Streit mit den Feinden derselben auszufechten haben werden!

**Die Verleumdungsprozesse zum Schutze ausländischer Patente** hat jetzt auch das Reichsgericht sanctionirt. Wie uns aus Leipzig telegraphisch gemeldet wird, verwarf das Reichsgericht die Revision des Redakteurs Feldmann in Langenbielau, der vom Schweidnitzer Landgericht wegen Verleumdigung Leopold's von Belgien zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt worden war.

Alle Fürsten des Erbhalbes werden mit Freude erkennen, wie in Deutschland das „monarchische Prinzip“ sorgsam gegen jeden bösen Kritiker mund geschützt und gewahrt wird.

Bis zu den Fürsten afrikanischer Stämme wird der Ruf des deutschen Strafgesetzes dringen.

Wo irgend ein Herrscher seinem Volke zuwider geworden ist, er mag nach Deutschland kommen. Hier, wo unter dem Schutze des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen jede Verleumdung des Regenten schwer geahndet wird, auch sie, falls Gegenseitigkeit verhängt ist, ihre Tage sicher vor jedem Lastermund verleben können.

**Bückerprämien.** Pariser Zeitungsnachrichten zufolge finden Verhandlungen zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich und Oesterreich statt wegen Abschaffung oder Herabminderung der Zuckerprämien.

**Die Wahlen in Norwegen** haben mit einer schweren Niederlage der Politik des Königs und der an der Union mit Schweden festhaltenden Konservativen geendet. Eine Depesche aus Christiania meldet:

Mit den heutigen Wählermännern, bei denen die Linke einen Sieg für die Stadt Larvoll eroberte, haben die Stortingswahlen ihr Ende genommen. Das Storting wird sich hiernach aus 79 Mitgliedern der Linken und aus 85 Mitgliedern der Rechten und der gemäßigten Partei zusammensetzen. Bisher zählten die Linke 59 und die Rechte und Gemäßigten 55 Mitglieder.

Demnach besitzt die Linke, welche die volle staatsrechtliche Selbständigkeit Norwegens, eigene Ordnung der auswärtigen Angelegenheiten, die volle Durchführung der reinen Personalunion mit Schweden anstrebt, 9 Stimmen über die für die Durchführung ihres Programms notwendige Zweidrittelmehrheit zu Verfassungsänderungen.

Die erste That der neuen Kammer vielleicht noch vor ihrem Zusammentreten wird ein völliger Systemwechsel in der Regierung sein müssen. Das konservative Cabinet wird durch ein radikales abgelöst werden. Dann wird die Konsulatsfrage im Sinne der Politiker der reinen (norwegischen) Flagge erledigt werden. Der König von Schweden und Norwegen hat gegenüber den Beschlüssen des norwegischen Reichstags (Storting) bloß ein aufschiebendes Veto. Beschließt das Storting dreimal das gleiche Gesetz, so tritt es auch gegen den ausgesprochenen Willen des Königs in kraft. Zweimal ist nun schon der Beschluß zu stande gekommen, daß Norwegen ohne Schweden die konsularische Vertretung zu regeln habe und daß neue Parlamente sich bereiten, zum dritten Male diesen Beschluß zu fassen. Damit wird die in Norwegen ohnehin sehr schwache Autorität des Königs und seiner Familie aufs tiefste erschüttert werden. Der klare, immer wieder deutlich ausgesprochene Volkswille wird einen vollen Sieg über die vom Könige und dem Kronprinzen hartnäckig und agitatorisch vertretene Hauspolitik davongetragen haben. Die norwegische Demokratie, deren ideales Ziel vollste Unabhängigkeit von Schweden und Ersetzung der Monarchie durch die Republik ist, wird zu weiterem energischem Auftreten gestärkt werden.

Nächst der Konsulatsfrage wird die Aenderung des Wahlrechts die Hauptaufgabe der neuen Kammer sein. Keine Flagge und allgemeines Wahlrecht, das war die Parole, unter der die erdrückende Einkammernheit ihren großen Sieg erfochten hat. Nur durch rasche und chrliche Durchführung kann die neue Parlamentsmehrheit ihren großen Sieg zu einem dauernden machen.

Man darf diesen Sieg der Demokratie im äußersten Norden nicht überschätzen, es ist nicht ein Sieg der reinen, modernen Demokratie, es ist vielmehr ein Erfolg der alten erdgefessenen Bauerndemokratie Norwegens. Diese Bauerndemokratie fürchtet auch die Sozialdemokratie, die die einzige konsequente und wahre Demokratie ist, aber trotzdem muß sie, so schwer es ihr auch fällt, den ersten Schritt zur wirklichen Demokratisierung des Staatswesens machen, sie muß zur Ertragung der vollen Unabhängigkeit von Norwegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht gewähren. Dieses wird aber, wie die sozialistischen Minoritäten in Christiania gezeigt haben, der Sozialdemokratie auch die Pforten des norwegischen Storting öffnen. Und in diesem Sinne bedeutet der Erfolg der norwegischen Linken auch einen bedeutungsvollen Gewinn für die Sozialdemokratie Norwegens, und bei der Würdlichkeit, die alle sozialistischen Parteien verbindet, auch ein erfreuliches Ereigniß für uns.

**Zur Währungsfrage.** Die für die Beurtheilung des Währungsstreits so erhebliche Frage der Produktionskosten des Silbers untersucht neuerdings der bekannte amerikanische Edelmetallstatistiker Atkinson. Er kommt dabei zu dem Ergebnisse, daß sich für die Minen, deren Verhältnisse auch dem Außenstehenden eine

Berechnung der Gesteinskosten des geforderten Silbers ermöglichen, diese mit 12 1/2 Pence (106 1/4 Pf.) pro Unze stellen.

Aus den Geschäftsberichten einer amerikanischen Mine, der Anaconda Copper Mining Company in Montana, welche nach dem Umsatze der Silberproduktion die zweite Stelle einnimmt und jetzt eine britische, in London domicilirende Gesellschaft ist, ergibt sich ferner, daß die Kupferproduktion dieser Mine allein im letzten, mit dem 30. Juni beendeten Fiskaljahre 1896/97 einen Gewinn brachte, der sämtliche Unkosten überstieg. Gleichzeitig lieferte aber die Silberproduktion in Höhe von 6 057 067 Unzen sein in diesem Jahre niedriger Silberpreise 3 881 551 Dollars in Gold, welcher Betrag zu dem Gewinn aus der Kupferproduktion als Zuschlagsgewinn hinzukam.

Herr Atkinson verweist mit großem Nachdruck darauf, daß die Aktien dieser und anderer Silberminen-Gesellschaften vornehmlich in den Händen englischer Besitzer sind, und er führt die Agitation für den Bimetallismus in England nicht zum wenigsten auf die großen Mineninteressen zurück. Wie dem auch sei, es bleibt ein interessantes Ergebnis seiner sachlichen Untersuchung, daß ein Erzerguß wie Silber, dessen Marktpreis in der letzten Zeit zwischen 26 und 27 Pence pro Unze schwankte, in erheblichem Umfange zu 12 1/2 Pence produziert wird. Und der Preis dieses Silbers soll nach dem Plane der Bimetallisten durch internationale Abmachung künstlich dauernd auf 60 1/2 Pence hinaufgetrieben werden!

### Deutsches Reich.

— Der wirtschaftliche Ausschuss. Das Komminiqué des „Reichs-Anzeigers“ lautet:

„Am gestrigen Tage ist der wirtschaftliche Ausschuss, der von dem Reichskanzler zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen vor kurzem gebildet wurde, zum ersten Mal im Reichsamt des Innern zusammengetreten. Die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner abgehaltene Beratung zeigte eine völlige Einmütigkeit der Ansichten in bezug auf die dem Ausschuss erwachsenden Aufgaben. Zunächst sollen Produktionserhebungen für alle wichtigen Erwerbszweige nach einem sorgfältig vorbereiteten Plane stattfinden. Zu diesem Zweck hat der wirtschaftliche Ausschuss sechs Kommissionen gebildet, und zwar je eine für die Textilindustrie, für die Montan-, Hütten- und Metallindustrie, für die chemische, keramische, Glas-, Papier- und verwandte Industrien, für alle übrigen Industriezweige, für Landwirthschaft, Nahrungs- und Genussmittel, für Handel und Schifffahrt.

Heute tagten bereits die Kommissionen für Landwirthschaft, für Textilindustrie, für chemische Industrie und für Metallindustrie, um über die Grundzüge zu einer Produktionsstatistik zu beraten.

Das diese hochwichtigen Beratungen, deren Ergebnisse auf unser wirtschaftliches Leben tief einschneidende Wirkungen ausüben werden, strengst vertraulich behandelt werden, ist auch ein Zeichen für den Tiefstand unseres öffentlichen Lebens.

— Der „innere Feind“. Bei der Vereidigung der Rekruten der Potsdamer Garnison hielt der Kaiser eine Ansprache. Der Bericht hierüber besagt:

„Der Kaiser wies darauf hin, daß die christliche Soldaten sein sollten und daß sie den Vorzug hätten, der Garde anzugehören; sie sollten dem Rufe Ehre machen und die heiligste Pflicht erfüllen, das Vaterland zu verteidigen, es aber auch nach innen schützen und auf Ordnung und gute Sitze halten.“

Die Auffassungen des Kaisers wechseln oft und schnell, aber über den „inneren Feind“ ist seine Meinung seit geraumer Zeit gleich geblieben und er läßt keine Gelegenheit vorübergehen, diese Meinung zu wiederholen.

Das schadet auch nichts. So weiß auch der andere Theil, woran er ist.

— Mit der Frage der Militär-Strafprozess-Reform und besonders dem bayerischen Reservatrecht beschäftigt sich Reichsgerichtsrath Dr. Stenglein in der „Deutsch. Jurist.-Zeitung“. Er erinnert daran, daß eine einheitliche Rechtsprechung auch in Zivilsachen in Deutschland nicht existire, was aber keinen wesentlichen Schaden verursacht habe. Also wäre es auch nicht so schlimm, wenn ein besonderes oberes bayerisches Militärgericht bestehen bliebe. „Auf der anderen Seite“, so fährt Dr. Stenglein fort, „würde allerdings durch eine Ueberreife über einen gemeinsamen obersten Militär-Gerichtshof die bayerische Souveränität so wenig Schaden leiden als durch die gemeinsame Institution des Reichsgerichts. Bei der Jurisdiktion der Gerichte liegt das politische Schwerkraft in der Bestellung der Richter, da die Thätigkeit derselben einer Einwirkung seitens der Regierung sich möglichst entzieht. Deshalb könnte durch eine Ueberreife, welche Bayern die Mitwirkung bei Befehung des Gerichtshofes wahrt, die Bedeutung eines Vergichtes auf die völlig unbeschränkte Militärhoheit auf das Mindestmaß herabgedrückt werden. Sollte es nicht dazu kommen, so würde aber eine zeitgemäße Gestaltung des Militär-Strafverfahrens auch bei zwispältiger Spitze einen solchen Fortschritt bedeuten, daß jeder deutsche Patriot sich dessen freuen könnte.“

— Bei der Postverwaltung stehen in nächster Zeit umfangreiche Pensionierungen, namentlich in den höheren und mittleren Dienststellen, bevor. Sie sind nach der „Voss. Ztg.“ zum theil daraus zurückzuführen, daß in den letzten Jahren mehrfach eine mildere Praxis bei der Pensionierung geübt worden ist, um den betreffenden Beamten noch die Vortheile der allgemeinen Gehalts-erhöhungen zuzuwenden.

— Wie die Konservativen das Vereinsgesetz achten. In schlesischen konservativen Blättern befindet sich folgende Notiz:

„Der deutsch-konservative Verein für die Provinz Schlesien hält am Donnerstag, den 25. November, in Breslau, im „König von Ungarn“, mittags 12 Uhr, eine Versammlung von Vertrauensmännern ab. Auf der Tagesordnung steht die Vorbereitung für die nächsten Wahlen, sowie der Partei-Organisation in Kreisen und Gemeinden, sowie die Anmeldung der zu dem Allgemeinen konservativen Parteitag in Dresden im Januar 1898 zu entsendenden Parteimitglieder.“

Ob der Staatsanwalt die beabsichtigte Uebertretung des Vereinsgesetzes verhindern wird?

— Die Versorgung der Militärkantinen mit Zigarren, wie sie „auf allerhöchsten Befehl“ angeordnet worden ist, soll, wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, durch die hiesige Zigarrenfabrik H. Schönwetter u. Co. geschehen, welche ein Zweig-établissement begründet hat, das „Zigarrenlager für Heer und Marine „Pro Patria“ unter Leitung des Generals von Baczjo“ firmirt.

— Soldaten-Sektäre. Das in Düsseldorf erscheinende Blatt „Neueste Nachrichten“, das sich zu den unparteiischen Blättern zählt, veröffentlicht am 26. Oktober einen „Herrschen und Entfagen“ überschriebenen Leitartikel. Unter Bezugnahme auf einen Artikel der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ wurde darin ausgeführt, wo der hauptsächlichste Widerstand gegen die Militär-Strafprozess-Reform zu suchen sei. Es werde angenommen, daß der Kaiser einer zeitgemäßen Reform widerstrebe, weil er das Befähigungsrecht aufgeben solle, und weil er die Gewährung der Deffektivität des Verfahrens für bedenklich halte. Im Artikel wurde sodann auf die unter Umständen notwendige Entsongung als auf eine wesentliche Vorbedingung für eine segensreiche Thätigkeit des Monarchen hingewiesen u. s. w. Dieser Artikel wegen sind die „Neuesten Nachrichten“ in den Düsseldorfser Kaffernen des 29. und des 159. Infanterie-Regiments verboten worden. Auch im Unteroffizier-Kasino des Ulanen-Regiments Nr. 5 wird das Blatt nicht mehr geduldet.

Rechtliche Fälle sind schon häufig vorgekommen. Der Soldat steht bei uns auch in rein bürgerlichen Angelegenheiten unter der Verpflichtung, den militärischen Befehlen ohne Wimperzucken folgen zu müssen; er darf nicht einmal lesen, was der Bürger lesen darf und was dem bürgerlichen Gesetz in keiner Weise zuwiderläuft.

— Als Früchte der sozialdemokratischen Verheugung bezeichnet es die „Staatsbürger-Zeitung“, daß gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers in Königsberg die zwei neunzehnjährige Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung verhaftet wurden. Die Behauptung ist aber, weil doch die überwiegende Mehrzahl der abgeurtheilten und fast alle nicht verfolgten Majestätsbeleidigungen nicht von Sozialdemokraten herrühren. Die „Staatsbürger-Ztg.“ bewirkt nur, daß sie sich über den Fortschritt der Sozialdemokratie in diesem Industriebezirk so sehr ärgert, daß sie alle Verurtheilten verloren hat. Weiß das edle Antisemitenblatt nicht, was für tolle Majestätsbeleidigungen von den ihm nahe verwandten Bändlern begangen wurden, daß auch gegen die „Kreuz-Ztg.“ derartige Anklagen erhoben wurden? Freilich die Herren in der „Staatsbürger-Ztg.“ sind in solchen Sachen in ihrem Blatte sehr vorsichtig. Im engsten Kreise der Antisemiten soll auch nicht einer der Träger der Krone so schweifswedend behandelt werden, wie in den Spalten ihrer Zeitung.

— Aus dem Königreich Stumm. Herr Söder hat bekanntlich gegen das in seiner Verleumdungsklage wider Herrn v. Stumm ergangene freisprechende Urtheil Berufung eingelegt. Das „Volk“ theilt u. a. mit, einer der präsumtiven Schöffen, welche in der Sache zu Gericht sitzen sollten, sei kurz vor dem Termin bei Söder's Anwalt erschienen mit der dringenden Bitte, ihn abzulehnen; er sei ein ruinirter Mann, wenn er in die Lage komme, Stumm verurtheilen zu müssen. Der Bittsteller sei vom Anwalt an den Ankläger verwiesen worden, soll aber trotzdem bei dem Urtheilspruch mitgewirkt haben.

Wir geben diese Mittheilung unter allem Vorbehalte wieder. Bei dem Terrorismus, der in Saarbrücken herrscht, dürfte indessen dieses Vorkommniß nicht ohne weiteres für unmaßig gehalten werden.

— Zur Frage wegen der Auftheilung des neutralen Gebietes von Moresnet zwischen den beiden Nachbarstaaten Preußen und Belgien wird von belgischer Seite hervorgehoben, daß, da der Neutralisirung dieses kleinen Landstriches nicht sowohl politische als industrielle Erwägungen zu Grunde gelegen hätten, die jetzt im wesentlichen hinfällig geworden seien, die endgültige Auseinandersetzung darüber jetzt bessere Ansichten biete, als die seit 1816 schon mehrmals, aber immer erfolglos unternommenen Anläufe. Es wird beklagt, daß der belgischen Regierung darüber Eröffnungen von der preussischen Regierung gemacht sind. Letztere stützt ihren Wunsch einer endgiltigen Beseitigung des jetzigen Zustandes darauf, daß unter den obwaltenden Verhältnissen der Grenzschmuggel einen Umfang angenommen habe, der nicht länger geduldet werden könnte.

— Die Maßregelung von 4 Arbeitern in der Münchener Artillerie-Verstätte durch den Direktor Oberstleutnant Vogt wegen ihrer Theilnahme am Begräbniß Grillenberger's ist noch nicht gefaßt worden. Richtig ist in der Presse behauptet, Oberstleutnant Vogt sei beurlaubt. Die bayerisch-offizielle „Münchener Abend-Zeitung“ erklärt diese Mittheilung für unrichtig und sagt:

„Soweit sind wir in der That doch noch nicht, daß der Staat insolge eines Stürmungszus des Herrn v. Vollmar auf die Dienste eines tüchtigen Offiziers und hervorragenden Fachmannes verzichtet und ihn maßregelt, weil er nicht duldet, daß der Name einer Unzulässigen Anstalt in eine sozialdemokratische Demonstration — hierzu war das Leichenbegängniß Grillenberger's von Partei wegen gemacht worden — hineingezogen werde.“

Das ist ein ganz lächerliches Gerüde. Es wird von niemanden verlangt, den Offizier zu entfernen, sondern es wird verlangt, die gemäßigten Arbeiter wieder einzustellen. Nicht um ein Stürmungszus des Herrn v. Vollmar“ handelt es sich, sondern um die höchst unberechtigte und inhumane Entlassung von Arbeitern, welche einem verstorbenen Arbeiterführer die letzte Ehre erweisen wollten. Wenn endlich das offiziöse Organ die Maßregelung damit zu entschuldigen sucht, daß das Leichenbegängniß eine „sozialdemokratische Demonstration“ gewesen sei, so wollen wir es nur daran erinnern, daß der bayerische Landtag und die Münchener Gemeinderathswahl, welche Deputationen zu dem Leichenbegängniß sandten, dann auch sich des schweren Verbrechens der Theilnahme einer sozialdemokratischen Demonstration schuldig gemacht hätten.

Aus Baden, Mitte November. (Fig. Ber.) Jetzt, nachdem die Abgeordnetenwahlen vollständig den auf die Wahlmännerwahlen gestellten Hoffnungen entsprochen haben, dämmert auch einigen reaktionären Blättern das Bewußtsein auf, die Wahlmännerwahlen seien eigentlich doch eine vollständig überflüssige und zwecklose Komödie, und einige kleinere nationalliberale Blätter beschränken sich jetzt direkt das Proportional-Wahlverfahren. Man vergißt dabei nur, zu erwähnen, daß man zu dieser Erkenntniß eigentlich nur durch den von den Sozialdemokraten Baden zuerst eingeführten Modus gekommen ist, nach welchem sich bereits die Uerwählern auf den schon vor den Wahlmännerwahlen aufgestellten und bekanntgegebenen Kandidaten auf das Landtagsmandat insoweit vereinigen, als die Wahlmännerkandidaten vor ihrer Aufstellung sich ehrenwörtlich verpflichtet hätten, für den Fall ihrer Wahl ihre Stimme für den von der Partei aufgestellten Kandidaten abzugeben. Im übrigen entspricht es ganz dem Charakter der Nationalliberalen, daß sie jetzt, nachdem sie trotz des indirekten Wahlverfahrens anfangen in die Minderheit hinabzusinken, sich zu dem demokratischen Grundsatze des Schutzes der Minderheiten bekennen, nachdem sie Jahrzehnte lang mit brutaler Hartnäckigkeit alle Versuche zur Einführung eines vernünftigen Wahlstems in der Kammer niedergestimmt.

Wie zu erwarten war, fällt es der Regierung nicht ein, nachdem sie sich so oft mit der nationalliberalen Kammermajorität solidarisch erklärt hat, jetzt nach dem Sturz dieser Majorität durch die Wahlen aus diesen die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Im Gegentheil hält es die Regierung für ihre Aufgabe, durch eine amtliche Erklärung, daß „das Stanzministerium, wie es durch das Vertrauen des Landesherren berufen ist, die Geschäfte in voller Uebereinstimmung und Solidarität führt“, den Wählern zu zeigen, welche geringe Bedeutung sie dem durch die Wahlen klar zum Ausdruck gekommenen Volkswillen beilegt, und daß infolge dessen das Ministerium Eisenlohr im Amte verbleiben wird. Die nächsten Landtags-Debatten dürften jedenfalls diesem allzu großen Selbstbewußtsein der Regierung einige Dämpfer aufsetzen.

Der zweite Wahlgang zur Landtagswahl für Eberach-Land, der entscheiden soll, ob das halbe Tugend der verlorenen national-liberalen Landtagsfraktion voll wird, ist auf den 20. November angesetzt. — Im außerordentlichen Landtagsbudget soll sich außer den 1 1/2 Millionen wegen der vorjährigen Wassernoth auch eine entsprechende Forderung wegen der diesjährigen großen Hagelschäden befinden. — Ein Vorfal, der für die Art des nochmaligen Zustandekommens eines Sieges der anti-sozialistischen Koalition der Demokraten, Freisinnigen und Liberalen in Offenburg sehr charakteristisch ist, ereignete sich bei dem Siegesbankett der genannten Koalition. Dort sprach ein Freisinniger (orthodoxer Jesuit) namens seiner Glaubensgenossen dem Zentrum den Dank für die bei den Wahlen bewiesene Judenfreundlichkeit aus. Dabei sind die bairischen Liberalen antisemitischer als alle anderen. So littet die Sozialistenfurcht die Leute zusammen.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. November. Der den heute hier in Wien zusammengetretenen Delegationen vorgelegte gemeinsame Staatsvoranschlag für 1898 weist ein Gesamt-Einkommen von 161 185 025 Gulden auf. Davon entfallen auf das Ministerium des Innern 4 012 900 (gegen das Vorjahr mehr 22 500), auf das Heeres-Ordinarium 125 634 421 Gulden, auf das Heeres-Extraordinarium 11 980 407 Gulden, das Marine-Ordinarium 10 563 060 Gulden, das Marine-Extraordinarium 8 918 200 Gulden.

Somit beträgt das Gesamterforderniß des Kriegsministeriums 152 096 088 Gulden, davon entfallen auf das Ordinarium 136 197 481 Gulden (gegen das Vorjahr mehr 2 952 780), auf das Extra-Ordinarium 15 898 607 Gulden (gegen das Vorjahr weniger 2 498 780). Das Gesamterforderniß des Kriegsministeriums übersteigt somit das des Vorjahres um 451 000 Gulden. Die zur Bedeckung des obigen Netto-Erfordernisses bestimmten Zollüberschüsse für 1898 sind veranschlagt auf 53 598 890 (gegen 50 573 180 Gulden im Jahre 1897). Als durch Anotenbeiträge zu bedeutendes Erforderniß ergeben sich somit 102 691 120 Gulden (2 488 810 weniger als im Jahre 1897). Ueberdies werden pro 1898 außerordentliche Kredite für das Kriegsministerium im Betrage von 750 000 Gulden gefordert, sowie die Nachtragskredite pro 1897 für das Ministerium des Reiches mit 802 800, für das Kriegsministerium mit 7 848 000 Gulden. Der Vorschlag für das Okkupationsgebiet weist ein Netto-Erforderniß von 8 489 000 Gulden (etwas geringer als im Vorjahre) auf.

Der gemeldete Nachtragskredit der Kriegsverwaltung von 7 1/2 Millionen Gulden für 1897 wird begründet durch die Beschaffung von Waffen und Kriegsmaterialien, sowie durch Befestigungsarbeiten infolge der allgemeinen politischen Lage, insbesondere der Lage auf der Balkan-Halbinsel Ende 1896 und Anfang 1897, worüber Näheres den mündlichen Ausführungen im Schooße der Delegationen vorbehalten ist. Die Steigerung des Heeres-Ordinariums wird motiviert unter anderem durch Rangserhöhungen, durch Erhöhung des Werbematerials und durch den Bedarf für Schießübungen und Versuche im Waffenwesen.

Im Heeres-Extra-Ordinarium sind hervorzuheben: eine weitere Rate des Kredits von 2 000 000 Gulden für Fortifikationen, 90 000 Gulden zur Sicherung der Grenze von Süd-Dalmatien für die Dauer der außergewöhnlichen Verhältnisse, wie im Jahre 1897.

Die Kriegsmarine verlangt eine erste Rate von 750 000 Gulden für ein neues Küstenverteidigungsschiff, dessen Gesamtkosten 5 Millionen Gulden betragen; ferner einen Nachtragskredit von 123 600 Gulden wegen Maßnahmen anlässlich der Typhus-epidemie in Pola.

Die vorgelegte Schlussrechnung von 1896 weist einen Zollüberschuss auf von 53 711 002 Gulden, somit um 6 171 282 Gulden mehr als veranschlagt war.

Nach der Gebührensrechnung von 1896 ergaben die Zollfälle einen Ertragsüberschuss von 4 490 147 Gulden.

Wien, 16. November. Die österreichische Delegation hielt heute Mittag ihre erste Sitzung. Zum Präsidenten wurde der ehemalige Statthalter von Böhmen, Graf Franz Thun, mit 85 von 88 Stimmen gewählt. Die deutsche Opposition hatte 6 leere Stimmzettel abgegeben. Zu Beginn der Sitzung gab Hofmann-Wellenhof (Deutsche Volkspartei) die Erklärung ab, daß er an den Verhandlungen der Delegationen mit Rücksicht auf die innere politische Lage, insbesondere den ungelärten Stand der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn nur unter dem Vorbehalte teilnehmen könne, daß daraus kein Schluss auf die Haltung seiner Partei betreffend eine entsprechende Verteilung der Lasten, sowie überhaupt betreffend die verfassungsmäßige Erledigung des Ausgleichs gezogen werden dürfe. Der Erklärung schlossen sich der christlich-soziale Delegierte Dr. Scheider und der deutsch-fortschrittliche Delegierte Groß im Namen ihrer Parteien an. Zum Vizepräsidenten wurde Jaworski gewählt. Die Sitzung danert fort.

Der Präsident Graf Franz Thun führt in seiner Eröffnungssprache aus, daß die Delegation von dem patriotischen Wunsche getragen sei, die Großmachtstellung der Monarchie kräftig und ungeschwächt zu erhalten, sowie die Würde und das Ansehen des Habsburger Reiches feierlich nach innen wie nach außen zu dokumentieren. Redner bezeichnet es als ein hohes Verdienst der leitenden Staatsmänner und Regierungen, daß es gelungen ist, die volle Einmütigkeit aller Großmächte in der Beurteilung dieser beiden im Orient aufgetauchten Fragen im vollsten Maße zu erweisen und so der Friedensliebe der Kabinette ein glänzendes Zeugnis anzustellen. Die glücklich herbeigeführte Uebereinstimmung unserer und der russischen Regierung in der Behandlung der orientalischen Frage ist eine neue freudige Begründung der Bürgerschaft des Friedens.

Nach der hierauf folgenden Wahl der Ausschüsse wird die Sitzung geschlossen.

Budapest, 16. Nov. Die ungarische Regierung hat der österreichischen Regierung bis zum 23. November ein Ultimatum gestellt. Falls bis dahin das Ausgleichsprotokoll parlamentarisch nicht erledigt sei, werde die ungarische Regierung die infolge der veränderten staatsrechtlichen Situation notwendigen gesetzlichen Verfügungen treffen.

Wir müssen dem „Nordd. Dep.-Bureau“, das diese Mitteilung verbreitet, die Verantwortung für diese sensationell klingende Mitteilung überlassen.

Agram, 15. Nov. Der Gemeinderath hat den Antrag auf Errichtung einer Sparkasse anlässlich des Regierungsjubiläums des Königs abgelehnt.

### Frankreich.

Paris, 15. November. In der Kammer wurde heute wieder über das Handelsbudget debattiert. Die Sozialisten Chauvin, Vaillant, Jourde und Charpentier stellten verschiedene Anträge betreffend die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zu den Fachschulen und Kooperativen-Vereinen. Hinsichtlich des ersten Punktes verwies der Handelsminister darauf, daß der diesbezügliche Paragraph bereits votirt sei. Hinsichtlich des letzteren gab der Berichterstatter Aufschluß über die subventionierten Vereine. Die Anträge wurden theils zurückgezogen, theils verworfen.

Paris, 16. November. Im heutigen Ministerrathe berichtete der Minister des Reiches Hanotaux über die Verhandlungen mit England, betreffend die Nigerfrage und theilte mit, daß dieselben regelmäßigen Fortgang nähmen. Der Kriegsminister Billaud machte die Mitteilung, daß der Deputirte Wozille ihn heute Abend in der Kammer über die Angelegenheit Dreyfus interpelliren werde.

Paris, 16. November. Infolge der gestrigen Veröffentlichungen dürfte die Dreyfus-Angelegenheit sowohl in der Kammer als im Senat zur Sprache gebracht werden.

Der Major Graf Esterhazy hat der „Agence Havas“ den Wortlaut des folgenden an den Kriegsminister gerichteten Schreibens überreicht: „Herr Minister! Ich lese heute früh in den Zeitungen eine gegen mich gerichtete infame Beschuldigung. Ich bitte Sie, eine Untersuchung veranlassen zu wollen, und halte mich zur Antwort auf alle Aufschuldigungen bereit. Esterhazy.“

Paris, 16. November. Deputirtenkammer. D'Alface richtete eine Anfrage an die Regierung bezüglich des Briefes des Senatspräsidenten Scheurer-Kestner an einen anderen Senator und des Schreibens des Bruders des Hauptmanns Dreyfus, Mathieu Dreyfus, an die Regierung. Der Kriegsminister General Billaud erwiderte, Scheurer-Kestner habe nicht geglaubt, die Hülfe des Gerichtes in Anspruch nehmen zu sollen, da aber die Familie des Dreyfus einen Offizier beschuldigt habe, wolle er diese in den Stand setzen, ihre Anschuldigungen vor Gericht zu rechtfertigen. Der Minister fügte hinzu, daß er als Hüter der Ehre der Armee es an seiner Pflicht nicht fehlen lassen werde. (Beifall.)

— Ueber die Dreyfus-Angelegenheit liegen folgende Nachrichten vor:

Paris, 16. November. Der Bruder des Hauptmanns Dreyfus hat ein Schreiben an den Kriegsminister Billaud gerichtet, in welchem er den ehemaligen Major Grafen Esterhazy beschuldigt, der Verfasser des Briefes zu sein, in welchem behauptet wurde, daß vertrauliche militärische Schriftstücke dem Agenten einer auswärtigen Macht ausgeliefert seien und welcher als Grundlage für die Anklage gegen den Hauptmann Dreyfus gedient hätte. Dieses Schreiben soll das bekannte Verzeichniß

sein. Der „Figaro“ bemerkt hierzu, Graf Esterhazy habe an den Kriegsminister Billaud ein Schreiben gerichtet, in welchem er gegen die Beschuldigung Einspruch erhebt und das Verlangen stellt, sich vor einem Kriegsgerichte rechtfertigen zu können. Nach einer anderen Mitteilung soll Graf Esterhazy im September nach Italien gereist sein.

### England.

London, 15. Nov. Bei der Erziehung eines Unterhausmitgliedes in Deptford wurde an Stelle des zum Richter ernannten Konservativen Darling der konservative Morton mit 5317 Stimmen gewählt. Der radikale Gegenkandidat Venn erhielt 4998 Stimmen.

### Dänemark.

— Im Folkething wurde die Beratung über das Zivil-Gesetz fortgesetzt. Der Antragsteller beklagt sich, daß man seinen Antrag so scharf kritisiere, ohne positive Gegenvorschläge zu machen. Nach seiner Meinung ist die Ehe eine bürgerliche Institution, mit der die Kirche absolut nichts zu schaffen zu haben braucht. Er will nicht die Trauung als Einweihung der Ehe abschaffen, aber sie soll nicht der ehestiftende Akt sein. So h. man räumt ein, daß eine Aenderung der Verhältnisse nöthig ist, aber dieser Antrag beschränkt ihn nicht. Offen namens der Sozialdemokratie meinte, der vorjährige Antrag wäre radikaler und daher besser gewesen. Der Minister spricht sich ebenfalls gegen den Gesetzentwurf aus, der schließlich einer Kommission überwiesen wird.

### Italien.

Rom, 15. Nov. Wie amtlich bekannt gegeben wird, ist der Wiederzusammentritt der Kammer auf den 30. d. M. festgesetzt.

### Spanien.

Madrid, 15. Nov. Die spanische „Korrespondenz“ erklärt in einer Besprechung der „New York Herald“, Lepesche, nach welcher General Weyler militärische Schriftstücke mit sich aus Kuba fortgenommen habe, die Nachricht für ungläublich. Sollte sie sich aber gleichwohl bestätigen, so würde die Regierung ohne jede Rücksicht vorgehen.

Die „Agence Havas“ meldet aus New York, dort sei über Washington die Nachricht eingegangen, Maximo Gomez habe eine Erklärung veröffentlicht, der zufolge er die Autonomie Kubas zurückweise.

Madrid, 16. November. Die Republikaner haben Sagasta gebeten, den Belagerungszustand von Barcelona aufzuheben.

### Türkei.

— Der Konflikt mit Oesterreich erscheint doch nicht völlig gelöst. Der österreichisch-ungarische Votschafter Freiherr v. Galice hat eine Frist bis Donnerstag zur Erfüllung der geforderten Genugthuung gestellt. Falls bis zum Ablauf dieser Frist Genugthuung nicht gewährt werden sollte, trifft die Votschaft, abgesehen von der beschlossenen Abreise des Votschafters, auch anderweitige Vorkehrungen zur Ausführung von Zwangsmassregeln.

### Griechenland.

Athen, 16. November. Bei der heutigen Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer der Deputirtenkammer wurden die behaupteten Kandidaten mit Mehrheiten von 85 bis 79 Stimmen gegen 71 bis 69 antidegannistische Stimmen gewählt.

### Siam.

— Die Ermordung zweier deutscher Missionäre und die Zerstörung einer deutschen Mission in dem chinesischen Handelsplatz Kiant-Schau hat zum Einmarsch der deutschen Kreuzerdivision und zur Landung von Truppen daselbst geführt. Auf diese Weise soll ein Druck auf die chinesische Regierung ausgeübt werden, damit sie ausreichende Genugthuung für jene Vorkommnisse leiste.

## Parlamentarisches.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages werden am 1. Dezember zur ersten Fraktionsitzung in der beginnenden Reichstags-Session zusammen treten.

## Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie

Zürich, 14. November.

Der Parteitag wurde am Sonnabend Abend 7 Uhr, von Genossen Paul Brandt, St. Gallen, Präsident der Partei, im Versammlungssaale des Grütlivereins eröffnet.

Nach dem Berichte des Parteiführers betrug die Einnahmen der Parteilasse im verflochtenen Geschäftsjahre 1511 Fr., die Ausgaben 693 Fr. und der Kassensaldo 817 Fr.

Ueber die Thätigkeit der geschäftsleitenden Kommission berichtete Brandt. Er erwähnt u. a. die Wahl der beiden sozialdemokratischen Minister in Zürich und Genf, berührt die Kämpfe der deutschen Sozialdemokratie, der er bei den kommenden neuen Kämpfen die besten Erfolge wünschte, gedachte weiter des Genossen Viehnecht, dem wir alle bewundernde Hochachtung zollen, der noch in nächster Zeit der Partei ein schweres Opfer bringen muß, und endlich berührte er den Streik der englischen Maschinenbauer und beantragte, diesen sowie dem Genossen Viehnecht die Sympathiebewegungen des Parteitages anzusprechen. Es wird demgemäß ohne Diskussion beschlossen. Ferner wird beschlossen, in Zukunft die Tagesordnung 14 Tage vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

Betreffend die Revision des Fabrikgesetzes stellt sich der Parteitag auf den Standpunkt, die Resolution, welche der Grütliverein in seiner letzten Delegirten-Versammlung beschloß, zu unterstützen. Insbesondere legt der Parteitag Gewicht auf die Einführung des gesetzlichen Besühntages und auf die Freigabe des Sonnabend-Nachmittags für die Arbeiterinnen.

Ueber die Reorganisation der Partei und die Revision des Parteiprogramms berichtet Brandt, daß die Arbeiten der Isolationen Kommission, welche auf dem vorjährigen Parteitage in Winterthur gewählt worden und sich in drei Subkommissionen gliederte, noch nicht abgeschlossen seien. Es liegen zwei Entwürfe für das Organisationsstatut vor, einer von Wullschlegler und ein anderer von Sted. Brandt theilt sodann mit, daß die drei Subkommissionen die Agrarfrage (Präsident Grütlich), die Genossenschaftsfrage (Schwind) und die Organisationsfrage (Sted) zu behandeln haben. Das ganze in diesen Fragen vorliegende Material ist den Subkommissionen zugewiesen worden. In der Diskussion nahmen Grütlich, Thies, Mettler und Seidel das Wort. Die Reorganisation der Partei selbst wie die Revision des Parteiprogramms werden wohl auf dem nächsten Parteitage erledigt werden.

Zur Reisezeit bemerkt Grütlich, daß für die nächstjährige, auf den Sonntag fallende Feier, wo jeder kleine Ort etwas veranstalten wird, nicht genügend Redner vorhanden seien und deshalb verschiedene Orte, wie z. B. Zürich und Oerlikon, die Feier gemeinschaftlich begehen sollten.

Es wird nun wieder die Affäre Moor-Bern angeschnitten. Die sozialdemokratische Mitgliedschaft Zürich IV beantragt den Ausschluß Moor's aus der Partei, andernfalls sie selbst aus der Partei austreten würde. Für den Antrag sprechen Erlacher, Zürich und Sted-Bern, dagegen niemand, da offenbar nicht erwartet wurde, daß der Ausschluß beschlossen werden könnte. In der That wurde aber in geheimster Abstimmung mit 81 gegen 19 Stimmen der Ausschluß Moor's aus der sozialdemokratischen Partei beschlossen. Damit wurde um 10 Uhr die Versammlung geschlossen.

Die heutige Sitzung findet im Schwurgerichtssaale statt. Nationalrath Wullschlegler referirt über die Eisenbahn-Verstaatlichung. Die Hauptfrage sei, ob wir auf die Vorlage eingehen wollten oder nicht. Es handle sich bei der Verstaatlichung darum, einen wichtigen Privatbetrieb, wie die Eisenbahnen es sind, dem Privatkapital zu entreißen. Doch kommt es uns nicht darauf an, unbedingt zu verstaatlichen, sondern vielmehr darauf, wie verstaatlicht werde, wozu wir uns von den Staatssozialisten unterscheiden. Das Rechnungsgesetz biete nun die Garantie, daß nicht zu theuer

gekauft werden wird. Fürcht vor der Stärkung der Bundesbureauskratie brauche man deshalb nicht zu haben, weil sie es nicht schlimmer treiben könne, als es bisher die Bureaukratie der Privatbahnen getrieben habe. Auch das Eisenbahnpersonal, das ja gut organisiert sei, habe keine Verschlechterung zu befürchten. Redner empfiehlt schließlich in der kommenden Volksabstimmung für die Annahme des Gesetzes zu stimmen und in diesem Sinne auch die Annahme seiner gedruckt vorgelegten Resolution. (Beifall.)

Die dem Referat entsprechende umfangreiche Resolution wurde hierauf ohne Diskussion einstimmig angenommen. Aus der Resolution sei nur der Schlusssatz erwähnt, wonach das Parteikomitee den Auftrag hat, womöglich in Verbindung mit genossenschaftlichen Organisationen eine kräftige Propaganda für die Annahme des Verstaatlichungsgesetzes zu entfalten.

Grütlich referirt hierauf über die Kranken- und Unfallversicherung. Er giebt eine Uebersicht über die gesetzliche Entwicklung der seit etwa 15 Jahren strittigen Frage, namentlich über die gescheiterte Initiative des Schweizerischen Arbeiterbundes und endlich über die Verschlechterungen, welche die bundesräthlichen Entwürfe im Nationalrath erfahren haben. Redner legt folgende Resolution vor:

„Der Parteitag der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei vom 13. und 14. November in Zürich erklärt: Die organisierte Arbeiterschaft der Schweiz ist von den Vorlagen über die Kranken- und Unfallversicherung nach der Beratung des Nationalrathes durchaus unzufrieden. Die Vorlage des Bundesrathes ist verschlechtert statt verbessert worden, die Wünsche des Winterthurer Arbeitertages sind unberücksichtigt geblieben. Der Parteitag unterstützt die Bemühungen des leitenden Ausschusses des Schweizerischen Arbeiterbundes bei der Kommission des Ständerathes um so sehr nöthige Verbesserungen und spricht die Erwartung aus, daß diese Bemühungen im Ständerath Berücksichtigung finden. Der Parteitag nimmt vorläufig eine abwartende Stellung ein, beauftragt aber das Parteikomitee, sofort nach beendigter Beratung der Vorlagen die nöthigen Schritte zu thun, damit die organisierte Arbeiterschaft der Schweiz sich über die später zu ergreifenden Schritte verständigen kann.“

In der Diskussion vertrat Lang, Zürich einen dem Grütlichen Referat entgegengesetzten Standpunkt. Nicht die bundesräthlichen Entwürfe dürften, wie es Grütlich gethan, als Maßstab an die Versicherungsgesetze, wie sie aus dem Nationalrath hervorgegangen sind, angelegt werden, sondern die bestehenden Zustände. Und wenn man so verfähre, so zeigt sich, daß die Versicherungsgesetze eine große Zahl werthvoller Vortheile bieten und daher einen bedeutenden Fortschritt ausmachen würden.

Wullschlegler mißbilligt energisch den Standpunkt Lang's, der nur gezeigt habe, wie leicht in unserem Vaterlande Sozialdemokraten befriedigt werden können. Wenn Lang seine Rede vor den Verhandlungen der Versicherungsgesetze im Nationalrath gehalten hätte, so würde man nicht einmal diejenigen Verbesserungen erreicht haben, die erreicht worden sind. Wullschlegler empfiehlt die Annahme der Grütlichen Resolution. Mettler schließt sich diesen Ausführungen an, desgleichen Eggens, Bern, während Müller, St. Gallen sich dem Standpunkte Lang's nähert. Lang selbst erklärt, daß er mit seiner Rede durchaus nicht bezwecken wollte, alles kritisch hinzunehmen. Er wollte die Vortheile des Systems der Versicherung hervorheben, aber in der Hoffnung, daß sie der Ständerath verbessern werde. Der Grütlichen Kritik der Gesetze wollte er durchaus nicht entgegen treten, er unterstütze auch jene Resolution und empfehle ferner die Entfaltung einer umfassenden Agitation für Unterzeichnung einer Petition an den Ständerath um Verbesserung der Gesetze im Sinne der Arbeiterforderungen. Nach einem Schlusssatz wurde die Resolution einstimmig angenommen.

In der Nachmittagsitzung referirte Seidel über die Einführung des Getreidemonopols. Er verbreitete sich über den Getreidebau der Schweiz und anderer Länder, über den Import von Getreide in die Schweiz und über den Getreidehandel. Im Kanton Zürich kam es 1879 zur Volksabstimmung über eine bezügliche Initiative, für die 16 789 Stimmen abgegeben wurden, während 29 884 Stimmen das gegen waren und dadurch die Initiative verworfen wurde. Nun habe man in der Schweiz schon das Salz- und Schnapsmonopol, den eigentlichen Bier- und auch Getreidehandel und zwar letztere für Zwecke der Landesverteidigung. Ausführlich bespricht Redner die Gewinne der Getreidehändler und Müller, den Terminhandel an der Börse, die Vertheuerung des Brotes, die Hebung der Landwirtschaft und empfiehlt als bestes Mittel die Einführung des Getreidemonopols, dem auch die Genossenschafts-Müllerei und -Bäckerei sich anschließen könnten. Die Schweiz stehe nicht blos deshalb unglücklich, weil sie viel fremdes Getreide braucht, sondern sie sei gegenüber anderen Ländern, wie Frankreich, England und Deutschland insofern noch schlechter daran, als sie keine Häfen hat, sondern tingens von anderen Ländern eingeschlossen ist. Er empfiehlt die Annahme folgender Resolution:

Der sozialdemokratische Parteitag erklärt sich neuerdings, wie der von Solothurn 1892, für das staatliche Getreidemonopol einschließlich des Weizenimport-Monopols und zwar aus folgenden Gründen: 1. Nur durch das staatliche Getreidemonopol kann dem Volke billiges Brot beschafft werden. 2. Nur durch das Getreidemonopol kann die Verproviantierung des Landes in Kriegszeiten verbürgt und der drohenden Gefahr einer raschen Auszehrung unserer Wehrkraft und unseres Volkes vorgebeugt werden. 3. Nur durch das Getreidemonopol kann der für einen rationellen Betrieb der Landwirtschaft notwendige Getreidebau in unserm Land geschützt und gehoben werden. 4. Nur durch das Getreidemonopol kann das notwendige Müllermonopol naturgemäß herbeigeführt und kleinen Gemeinden und Genossenschaftsbäckereien gefördert werden. 5. Nur durch das Getreidemonopol kann der Getreidehändler wirksam bekämpft und dem Privatkapital ein Hauptgegenstand des gewissenlosen Börsenspiels entzogen werden. Mit Rücksicht auf die Eisenbahnverstaatlichung, auf die Kranken- und Unfallversicherung und auf die anderen noch schwebenden Fragen sieht der sozialdemokratische Parteitag aber zur Zeit von einer Initiative für das Getreidemonopol ab, empfiehlt dagegen allen Parteigenossen und Arbeiterorganisationen, eine lebhafte Propaganda für die gute Idee und das notwendige soziale Reformprojekt zu machen. Ist einmal das Volk über die Sache aufgeklärt und dadurch für das Getreidemonopol gewonnen, so wird die öffentliche Meinung die Volksvertreter zum gesetzlich organisatorischen Vorgehen treiben und die Initiative wiederholt sogar überflüssig machen. Das Parteikomitee erhält Auftrag, sich mit den anderen Arbeiterorganisationen (Grütliverein und Gewerkschaftsbund) in Verbindung zu setzen, um mit diesen gemeinsam diese Propaganda zu unterstützen und zu fördern.

Schwind, Oerlikon opponirt. Nicht 4.80 Fr., wie Seidel berechnet, werden am Doppelentner Getreide verdient, sondern, wie er aus den Erfahrungen der Oberwiler Genossenschaft sagen kann, nur 2 Fr. Nicht der Großhandel vertheuere Getreide, Mehl und Brot, sondern die Müller und Bäcker. Der Großhandel habe im Gegentheil die Getreidepreise verbilligt, weshalb die deutschen Agrarier die Getreidebörsen gestört hätten, um ihr Getreide theurer verkaufen zu können. Den Bauer werde man für das Monopol nur gewinnen können, wenn man die Gewinne, die das staatliche Monopol einbringen würde, ihm verspricht und giebt. Nur in diesem Sinne könnte durch das Getreidemonopol die Landwirtschaft gehoben werden, aber wo bliebe dann das vom Monopol erwartete billige Brot? Wir haben die Initiative für das viel näher liegende Tabakmonopol nicht durchbringen können und um so weniger sei Aussicht für das Getreidemonopol. Er empfiehlt die Ablehnung der Resolution Grütlich und ebenfalls in den Berechnungen des Referenten Irrthümer, namentlich weist er in eingehenden und interessanten Darlegungen über den Getreidehandel nach, daß die Handelsgewinne viel zu hoch berechnet seien. Er erklärt sich aber doch für die Forderung des Getreidemonopols, um billiges Brot für das Volk zu erhalten und sodann deshalb, weil es zu einer staatswirtschaftlichen Nothwendigkeit für die Schweiz werde, die in einem europäischen Kriegsfalle, auch wenn sie kriegerisch davon direkt unberührt bleiben

würde, eine Hungernot erleben müßte. Mettler gibt den Landwirtschaftslehrer Dr. Baur, nach dem der Schweizerbund beim Monopol 3 Fct. per Doppelgenger, insgesammt 10 Mill., und außerdem, wenn er auch das Vermahlen besorgen würde, weitere 8, zusammen 18 Millionen gewinnen könnte. Aber Baur verlangt eben für die Getreidebauern diese Gewinne, so daß es mit dem billigen Brote nicht sein würde. Brandt führt aus, daß es heute fraglich sei, ob überhaupt der Schweizerische Getreidebau noch gefördert und gehoben werden könne. Er empfiehlt schließlich ebenfalls die Annahme der Resolution. Seidel begründet nochmals im Schlusswort seinen Standpunkt und seine Resolution, die dann mit Mehrheit angenommen wird.

Von der Abtretung des Miteigentumsrechts der Partei an der „Arbeiterstimme“ an den Gewerkschaftsbund, die heute beschlossen werden sollte, wurde vorläufig Abstand genommen. Die Vertreter des Bundeskomitees erklärten, daß sie um das Neujahr herum den Gewerkschaftslogen einberufen werden, der die Herausgabe eines reinen Gewerkschaftsorgans beschließen soll und daß ferner das Bundeskomitee auf spätestens den 1. April hin seinen Rücktritt beschließen werde.

Als Vorort wurde, nachdem Winterthur und Basel abgelehnt haben, Zürich und als Präsident der Partei Lang gewählt. Das Parteikomitee wird besetzt aus Heitler, Genf, Devougnès-Neuenburg, Solten, Cheungfond, Stadelmann, Basel, Wischmann, Winterthur, Färholz, Solothurn, Guldimann, Grenchen, Jraggen, Bern, Oswald, St. Gallen und Baumann-Deikon. Als Ort für den nächsten Parteitag wird Basel bestimmt.

In seinem Schlusswort berührt Genosse Brandt den Ausschluss Moors aus der Partei und bezeichnet ihn als einen negativen Beweis für die Stärke der Partei. Wir sind eben noch weit entfernt, eine Partei zu sein, wir sind noch zu sehr in der Selbstverleugung befangen. Es wird zu viel Gewicht auf die einzelnen Personen gelegt und das Leben zu wenig gewürdigt. Er hofft, daß die weitere Entwicklung der Partei unter dem neuen Präsidium befriedigende Fortschritte macht und schließt mit einem dreifachen Hoch auf die schweizerische und internationale Sozialdemokratie den 10. Parteitag. — Anwesend waren aus 12 Orten 50 Delegierte.

## Partei-Nachrichten.

Als Reichstags-Kandidat für den 6. hannoverschen Wahlkreis Verden-Hoya ist der Parteigenosse Hermann Junge aus Bremen aufgestellt.

In Darmstadt beschloß eine Parteiversammlung fast einstimmig, der Kreisversammlung den Parteigenossen Exner als Reichstags-Kandidaten zu empfehlen.

Die Parteigenossen in Forst i. L. beteiligten sich diesmal zum ersten Male an den Stadtverordnetenwahlen. Als Kandidaten sind aufgestellt worden: Schneidermeister Wilhelm Höpner, Gastwirt Friedrich Vetsche, Kontrolleur Karl Dolor und Schmirer Wilhelm Sievert.

In Wald bei Solingen sind bei den Stadtverordnetenwahlen unsere Parteigenossen Hermann Schaaf und E. Schumacher mit 70 und 67 Stimmen unterlegen. Die bürgerlichen Kandidaten erhielten 85 und 88 Stimmen. Dagegen wurde in Chligsdorf der Parteigenosse Großherndt mit 90 gegen 80 Stimmen in die Gemeindevertretung gewählt. Ein anderer Kandidat, Genosse Reuber, unterlag in der Stichwahl mit 211 Stimmen dem Kandidaten der Haus- und Grundbesitzer, der es auf 282 Stimmen brachte.

Aus Erfurt meldet die „Zeitung“, daß der Parteigenosse Simon, der auf der Reise nach Weimar mit dem Fahrrad hinfuhr und sich eine Gehirnerschütterung zuzog, nur einige Stunden lebensfähig gewesen ist, aber bis jetzt keine weiteren üblen Folgen des Sturzes gespürt hat. Er hat bereits wieder eine Versammlung abhalten können.

Die Provinzialkonferenz für Hessen-Nassau, die am Sonntag in Wiesbaden abgehalten wurde und von 21 Delegierten aus den Orten Frankfurt a. M., Oberursel, Heddenheim, Hildesheim, Hanau, Hochstadt, Fachsenheim, Marburg, Wiesbaden, Diebrich, Schierstein, Erdenheim, Diez, Limburg, Kassel, Birges und Schwesig besucht war nahm mit 17 gegen 1 Stimme bei 3 Stimmenthaltungen folgende von Dr. Quarek beantragte Resolution an: „Die Teilnehmer der heutigen Konferenz erklären zur Befriedigung an den preussischen Landtagswahlen: Der Beschluß des hessischen Parteitages hat auch in der Provinz Hessen-Nassau in seiner Beziehung befriedigt. Wir treten deshalb nachdrücklich dem Vorschlage des Genossen Bebel bei, die Sache nochmals durch die Reichstagsfraktion unter Zuziehung der sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten aus ganz Deutschland durchzuberathen und den Wahlkreisen zur Abstimmung zu unterbreiten.“

In Gammstadt beschloß der Sozialdemokratische Verein, dem Beispiele Stuttgart folgend, bei der Gemeinderatswahl mit der Volkspartei die Namen von drei Kandidaten auszutauschen. In Stuttgart sind von einer Parteiversammlung die Parteigenossen Kloß und Dietrich zu Austausch-Kandidaten bestimmt worden.

Aus Dänemark. Bei den Gemeinderatswahlen in der dänischen Gemeinde Udbyhede-Rastbjaer wurden 2 Sozialdemokraten und 2 Radikale gewählt, die über 200 Stimmen bekamen, während Hofjägermeister Ahrenstorf nur 55 Stimmen erhielt. Dieser Mann hatte 1895 seinen Zustimmung angesetzt, weil sie einen Fachverein gebildet hatten. Man sieht halt des Herrn Hofjägermeisters Landarbeiter in Gemeinderath.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Zwettau wurde am Montag in den Geschäftsräumen des „Schlesischen Volksblattes“ und der „Neussischen Volkszeitung“ eine Hausdurchsuchung nach dem Manuskript eines Lokalartikels des letzteren Blattes vorgenommen, die natürlich erfolglos war.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

An die Berliner Gewerkschaften! Vom Gewerkschaftsbureau hat sich ein angeblicher Maschinenbauer Mag Schütte, der vorgab, im Auftrage der Arbeiter der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft, Adersbache, zu kommen, drei Listen für die ausgesperrten englischen Maschinenbauer erschwindelt, und zwar die Nummern 481, 482 und 483. Er gab vor, Statthalter 27, Hof 2 Tr. rechts zu wohnen, ist aber noch unserer Nachbarn beim Wirth und den Mietzern dort nicht wohnhaft. Wir warnen hiermit die Genossen, auf diesen Listen zu zeichnen und, wenn es schon geschehen ist, uns den Betrag mitzutheilen. Sollten von diesen drei Listen irgend wo einer aufgetaucht, so bitten wir dieselbe anzuhalten und an unterzeichnete Adresse gelangen zu lassen. Der v. p. Schütte halte sich durch seine Falschenscheine und durch sein Christenklassenbuch der Maschinenbauerschaft legitimiert. Die Berliner Gewerkschaftskommission. J. M.: M. Milberg, Annenstr. 16, 1 Tr.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hat für heute Abend 7 Uhr in den „Arminienhallen“, Kommandantenstr. 20, einen Vortrag abend anberaumt. Herr Rechtsanwält Dr. Lieber wird über die „soziale Stellung der Frau“ sprechen.

Wegen „groben Unfugs“ verurtheilte das Spandauer Schöffengericht den Maurer L. zu einer Woche Haft. L. hatte beim letzten Mauerstreik einige vom Bahnhofs kommende „Arbeitswillige“ angesprochen und sie auf die Situation aufmerksam machen wollen. Der seine Schäfchen begleitende Unternehmer ließ deshalb den „Ebreufried“ zur Wache führen. Der Anwalt hatte vier Wochen Haft beantragt. Seit kurzem ist dies die zweite Verurteilung, welches das Spandauer Schöffengericht wegen des bezeichneten Vergehens vorgenommen hat. Auch gegen dieses Urtheil ist natürlich Berufung eingelegt.

### Deutsches Reich.

In Trebbin haben die Zimmerer auf zwei Bauplätzen die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter in diesen Geschäften hatten eine

Kommission beauftragt, die von ihnen aufgestellten Forderungen den Bauunternehmern zu unterbreiten, worauf sofort die Kommissionsmitglieder entlassen wurden und auch den Mitgliedern des Zimmererverbandes die Auflösung des Arbeitsverhältnisses anheimgegeben wurde. Es ist deshalb über beide Plätze die Sperre verhängt und wird gebeten, den Bezug fernzuhalten.

Die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins hielten am 14. cr. in Neumünster eine Konferenz ab, die von 20 Delegierten aus 14 Orten, darunter auch Hamburg und Altona, besetzt war. Beschlissen wurde die Schaffung einer Agitationskommission an Stelle des bisherigen Vertrauensmannes. Zum Sitz derselben wurde Kiel bestimmt. Dasselbe soll den Anfang machen mit der Aufnahme der Lage der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein. Bezüglich des Herbergsweßens wurde eine den einzelnen Zahlstellen zu unterbreitende Resolution angenommen, die die Frage anragt, ob zur Beseitigung der Uebelstände es nicht möglich wäre, daß durch Zuschüsse der Gewerkschaften an die Herbergswirthe es diesen ermöglicht wird, mehr für die Bequemlichkeit der Fremden zu thun.

### Ausland.

Die englischen Maschinenbauer haben, obwohl sie ihre Vertreter zu der Konferenz entsandten, um wünschlich einen ehrenvollen Frieden herbeizuführen, keinen Augenblick aufgehört, ihre Verteidigung mit derselben Energie weiter zu führen. Soeben ist eine Abstimmung beendet worden über die Erhöhung der Beiträge. An solchen Abstimmungen beteiligen sich gewöhnlich nur 8—10 000 Mitglieder, diesmal waren es deren 25 000. Es lag die Frage vor, ob der Beitrag von 2,50 M. auf 3 M. wöchentlich erhöht werden sollte. Für diese Erhöhung gaben 24 200 Mitglieder ihre Stimmen ab, dagegen nur 450. Bis jetzt ist die Maschinenbauer-Gewerkschaft noch allen ihren Verpflichtungen gegenüber den Streikenden, ihren Kranken und Altersrentenbesitzern nachgekommen. Dazu bedarf sie jetzt wöchentlich 1/2 Million Mark. Durch die Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder, durch die sonstigen Zuwendungen vom In- und Auslande gehen jetzt wöchentlich ca. 450 000 M. ein, so daß aus der Kasse nicht allzu viel zugeschoffen zu werden braucht. In letzter Zeit haben namentlich die Kooperativgenossenschaften den Streikenden ihre Sympathie bewiesen. Das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie „L'Avanti“ hat ca. 500 Pfund Sterling für die Streikenden gesammelt. — Am vergangenen Sonntag fanden in London eine Anzahl Versammlungen zu gunsten der Maschinenbauer statt, die alle eines guten Besuchs sich erfreuten.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat bis jetzt die Summe von 89 317,55 M. nach London abgedandt. Viele Gewerkschaften haben ihre Gelder den Maschinenbauern direkt überwiesen.

In Köln a. Rh. tagte am letzten Sonnabend eine Versammlung, in der der Metallarbeiter Kreipe aus London u. a. folgende ausführliche Ansprache hielt: Der Kampf um den Achtstundentag nur für London gedacht. Niemand hatte die Absicht, ihn auch sonst zu erheben, nur durch das Vorgehen der Unternehmer wurde er auf das ganze britische Reich ausgedehnt. Die englischen Unternehmer haben dazu, wie die „Deutsche Eisenzeitung“ schreibt, den Kampf in das Lager der Begüter hinein getragen und hoffen, daß durch Aussperrung die Arbeiter auf Gnade und Ungnade sich unterwerfen. Vor einiger Zeit sagte der Vertreter von Siemens in London, allerdings nur der nominelle Vertreter: „Wir bestehen absolut darauf, mit unserem Eigenthum zu thun, was wir wollen. Wir würden keine Einwilligung, nicht seitens der Trades Unions, nicht seitens der Gewerkschaften.“ Nach einer anderen Behauptung der Herr segar: „Wir wollen die Trades Unions zerstören.“ Das ist allerdings nach deutschen Verhältnissen erklärlich. Kein deutscher Arbeiter wird sich wundern, daß ein Unternehmer sich so äußert. Das ist die Politik Stimmus und seiner Presse, die Politik: „Wir wollen Herren sein in eigenen Hause“. Das ist in Deutschland möglich, wo die Arbeiter gewohnt sind, an den willkürlichen Eingriffen der Unternehmer in die Rechte der Arbeiter. Die englischen Arbeiter aber haben in schweren Kämpfen die Freiheit erungen, die sie heute besitzen. Sie können sich einen Begriff von unserer Organisation machen, wenn Sie wissen, daß seit 1851 kein geringerer Wochenbeitrag als 1 Sch. erhoben worden ist. Zur Zeit sind 85 000 Mann im Auslande, und zwar von den Organisationen der Maschinenbauer 28 000, der Maschinenarbeiter 20 000, der Arbeitsteile 20 000 und der Kesselschmiede 10 000, ferner 7000 andere nicht qualifizierte Arbeiter. Diese Summen sind erforderlich, um den gegenwärtigen Kampf durchzuführen. Für jede Woche wird nahezu eine Million Mark für diesen Aufwand verbraucht. Die Arbeiter traten mit sieben Millionen Mark in den Auslande. Seit Juni vorigen Jahres wurde neben dem regelmäßigen Beitrag von 1,50 M. noch ein außerordentlicher Beitrag von 65 Pf. wöchentlich erhoben. Der Gewerksverein der englischen Maschinenbauer legt wöchentlich noch 200 000 M. zu, um auch die anderen am Kampfe Beteiligten zu unterstützen. Es ist heute nicht mehr der Kampf um den Achtstundentag, sondern ein Kampf um eine Machtfrage. Noch hat der Kampf seine Höhe nicht erreicht, noch sind nicht alle englischen Arbeiter in diesen Kampf eingetreten, noch nicht sind wir gewonnen, das letzte Mittel anzuwenden, aber wenn es zum äußersten kommt, dann sind binnen 24 Stunden alle Dampfer ohne Maschinenisten und Heizer. Der englische Arbeiter ist konservativ, er würde nicht gern den ganzen englischen Handel lahmlegen. Sines aber sind sich die englischen Maschinenbauer bewußt: noch sind sie nicht aller Mittel beraubt, noch sind nicht alle Mittel erschöpft. Die englischen Maschinenbauer halten es aus und sollte es noch ein halbes Jahr dauern. Das eine steht fest: Unterliegt die mächtigste Organisation der Welt, dann mögen die deutschen Arbeiter eingedenk sein, daß die deutschen Unternehmer noch viel brutaler, als sie es bisher gethan, mit den Arbeitern spielen werden.

London, 16. November. Nach einer heute in der hiesigen „Shipping Exchange“ angefügten Bekanntmachung, haben die Kesselschmiede und die Eisenarbeiter der Schiffbauwerften heute Vormittag zu dem am 14. Oktober vereinbarten Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen.

## Soziales.

Aus dem Königreich Stumm meldet die „Rheinische Zeitung“: Am Sonnabend fand unter dem persönlichen Vorstehe des Freiherrn von Stumm-Halberg eine Sitzung des Arbeiterausschusses des Eisenwerks in Neunkirchen statt. Der Vorsitzende legte denselben u. a. folgende Fragen zur Beantwortung vor: „Soll eine Bestimmung auf Grund des § 119a der Gewerbeordnung empfohlen werden, wonach der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn nicht mehr an diese selbst, sondern an deren Eltern oder Vormünder gezahlt wird?“ und: „Wird ein im Sinne der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 3. Juni d. J. gegen Arbeiter unter 25 Jahren gerichteter Spargang für zweckmäßig und wünschenswert erachtet?“ Beide Fragen wurden von den Mitgliedern des Arbeiterausschusses einstimmig mit aller Entschiedenheit verneint, weil beide Einrichtungen weit mehr schädlich als nützlich wirken würden. Die obligatorische Auszahlung des Lohnes an die Eltern würde nicht bloß die ganze Entwicklung und das berechnete Erbgeld der minderjährigen Arbeiter, sondern auch das hier fast ausnahmslos bestehende gute Verhältnis zwischen Eltern und Kindern nachtheilig beeinflussen. Das Verschulden einzelner dürfe nicht zu einem Mißtrauen gegen ganze Altersklassen führen. Noch bedenklicher sei der Spargangzwang. Der Arbeiter erhalte dadurch das Gefühl, daß ihm der Lohn, welcher ihm von Rechts wegen zukommt, im Widerspruch mit dem Geist, wenn nicht gar mit dem Wort der Gewerbeordnung vorenthalten werde. Zudem müßten die minderjährigen Arbeiter meist ihre Eltern unterstützen, welche den unverzögerten Lohn ihrer Kinder oft nöthiger brauchen, als dieselben selbst nach vollendetem 25. Lebensjahre. Ganz unannehmbar aber mache die Einrichtung ihr Charakter als Prämie auf frühzeitiges Heirathen, denn weil der Spargang notwendig mit der Gründung eines eigenen Haushaltes endige, so brauche der Arbeiter nur zu heirathen, um den Spargang zu entgehen.“ — So urtheilen selbst Leute aus dem Königreich Stumm,

die doch nicht in den Verdacht gerathen können, von Sozialisten orakelt vorbest oder gar selbst sogenannte Heher zu sein, aber die als soziale Maßnahmen im Interesse der Arbeiter geprüften Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter. Der Kölner Stadtverwaltung, die König Stumm an Patriarchalkirche betreffend, den Spargang in häuslichen Betrieben einzuführen, ohne die Arbeiter vorher zu hören, empfiehlt die „Rheinische Zeitung“ dieses Urtheil Stumm'scher Arbeiter zur gefälligen Beachtung.

## Versammlungen.

Der Berliner Arbeiterverein für Obdachlose, welcher am 30. November 1898, im Jahre der großen Berliner Wohnungsnot, begründet wurde und seit seinem Bestehen über 3 200 000 Obdachlose eine Zufluchtsstätte gewährt hat, hielt am Sonnabend Abend im Bürgerhause des Rathhauses eine außerordentliche Generalversammlung behufs Aenderung seiner Statuten ab, um auch Frauen an seiner Versammlung theilnehmen lassen zu können. Zu einer Ansprache wies der Vorsitzende, Herr Thölde, auf diesen Hauptzweck der außerordentlichen Versammlung hin, um dem in den letzten Jahren sich stark entwickelten Verein hinsichtlich des Frauen-Auslasses eine weitere Förderung abgeben zu lassen. Der Abg. Paul Singer erstattete hierauf als Kurator des Männerauslasses den Bericht über den Besuch des neuen Männerauslasses in der Wiesenstr. 55, das am 13. Dezember v. J. eingeweiht wurde, während der verflochtenen zehn Monate. Während dieses Zeitraumes haben dasselbe 206 051 Obdachlose = 678 pro Tag aufgesucht. Von diesen haben 134 165 die Vade-Einrichtungen des Obdachlosen benutzt, 22 117 die Desinfektions-Einrichtungen, 1323 den Arbeitsnachweis und 10 133 die neu eingerichtete Bibliothek des Obdachlosen, welche, der Tendenz des Vereins entsprechend, jeder politischen Färbung entbehrt und nur Unterhaltungsschriften bietet. Das neue Asyl ist als solches ein Musteranstalt und mit allen Einrichtungen der Neuzeit ausgestattet; auf der Brüsseler Weltausstellung ist das Modell des Asyls mit der goldenen Medaille prämiirt worden. Trotz seiner praktischen Einrichtungen und eines besonderen Zuganges, welcher jede Ansammlung der Asylisten auf der Straße ausschließt, sind jedoch Beschwerden seitens der Umwohnerschaft nicht ausgeblieben. Diese richteten sich dagegen, daß die Obdachlosen oft in trunkenem Zustande das Asyl aufsuchten. Eine infolge dieser Beschwerden durch vier Monate hindurch aufgenommene Statistik hat jedoch ergeben, daß die Zahl derjenigen, welche in angetrunkenem Zustande das Asyl aufsuchten, während der vier Monate nur 417 oder ein halbes Prozent aller Besucher des Asyls in dieser Zeit ergab. Die zuständige Bezirkshauptmannschaft hat die Beschwerde deshalb für nicht begründet erklärt. Das Polizeipräsidium hatte zwar an den Vorstand des Asyls das Ersuchen gerichtet, auch etwaigen Trunkenen Aufnahme zu gewähren, was dieser jedoch abgelehnt hat, da das Asyl ein friedlicher Aufenthalt für arme Obdachlose bleiben solle, nicht aber ein Gewahrsam für Trunkenbolde sei. Mit dieser Erklärung scheint sich, wie Singer hervorhob, auch das Polizeipräsidium zufrieden gegeben zu haben, da ein weiteres Ansuchen an den Verein bisher nicht gerichtet worden ist. Stadt. Blische berichtete über die Frequenz des Frauen-Auslasses (Häufigkeit) während der letzten 7 Monate, seitdem er Kurator des Frauen-Auslasses ist. Dasselbe ist während dieser Zeit gleichfalls angebahnt, mit einem Sammelssaal, Zentralheizung, Desinfektor und neuen Vadeeinrichtungen versehen worden. Der Ausbau ist in einigen Tagen vollständig beendet, und es können abdann 170 obdachlose Frauen gleichzeitig in demselben Unterkunft finden. In den letzten 7 Monaten betrug der Besuch bereits 18 279 oder 12 595 mehr als im ganzen vorigen Jahre. In diesem Asyl ist auch die Verwaltung geändert worden. Beide Asyls können bereits von 3 Uhr nachmittags ab von den unglücklichen Obdachlosen aufgesucht werden. Ueber die Vermögens- und Kassenverhältnisse des Vereins berichtete an Stelle des beiderseitigen Schatzmeisters, David Hirschfeld, Herr Dr. Paul Kronz, daß dieselben infolge des Neubaus des großen Männerauslasses und des Ausbaus des Frauenauslasses sehr herabgemindert haben. Die Einnahme betrug in diesem Jahre einschließlich eines Legats von 128 000 Mark etwa 148 000 M. Im Betriebsfonds dürfte für das nächste Jahr somit ein Defizit von 58 000 M. entstehen, was aber hoffentlich durch Zuwendungen beseitigt werde. Der Vermögensbestand des Vereins betrug nach dem letzten Jahresbericht am 31. Dezember 1898 1 042 601,57. — Die Statutenänderungen bezwecken hauptsächlich die Vermehrung des Verwaltungsraths und des Vorstandes, um auch Frauen in denselben aufnehmen zu können, ferner die Verlegung des Geschäftsjahres auf das Kalenderjahr, damit die Generalversammlungen des Vereins in der zweiten Hälfte des Jahres anstatt bisher im April abgehalten werden können. Da der Verein der Rechte einer juristischen Person besitzt und die Statutenänderung die Zustimmung der Landespolizeibehörde bezw. des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg bedarf, so wurde der Vorstand ermächtigt, etwa von diesen Behörden noch geforderte Änderungen selbständig vorzunehmen.

## Deyeschen und letzte Nachrichten.

Bremen, 16. November. (W. Z. B.) „Boesmanns Bureau“ meldet: Die von mehreren Zeitungen gebrachte Nachricht, wonach von den mit dem Norddeutschen Lloyd-Dampfer „Krefeld“ nach Galveston beorderten Passagieren etwa 100 Personen von der Einwanderungs-Behörde als Kontrahenten zurückgewiesen seien, bestätigt sich nicht. Nach telegraphisch eingegangenen Erkundigungen sind sämtliche Passagiere dort gelandet und nach ihren Bestimmungsorten weitergeleitet.

Frankfurt a. M., 16. November. (W. Z. B.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Athen gemeldet: Ueber den wahren Hintergrund der Meldung, wonach England, Frankreich und Russland zur Garantie einer griechischen Anleihe bereit sein sollen, verläutet bestimmt, daß von englischer Seite wiederholt Anstrengungen in diesem Sinne gemacht worden sind, die Zustimmung der beiden anderen Mächte hat aber bisher auf sich warten lassen.

Leipzig, 16. November. (W. Z. B.) Im Voglande sind, wie dem „Leipziger Tageblatt“ aus Plauen gemeldet wird, heute früh wiederum Erbhöhe verpflügt worden. Dieselben waren so heftig, daß die Frühloden erschüttert wurden und die Fenster stürzten. In den Orten Wrambach, Schönberg, Klingenthal, Unterfachsenberg, Kdorf, Längensfeld, Jalkenstein und Reichenbach wurden Erdschütterungen bemerkt.

Wien, 16. Nov. (W. Z. B.) Heute Mittag ist es an der Universität zwischen deutschen Burschenschaften und slavischen Studenten zu einem Rencontre gekommen, in dessen Verlauf zwei deutsche Burschenschafter von den Slaven die Steppe hinabgeworfen wurden, wobei sie Verletzungen davontrugen.

Vukareff, 16. November. (W. Z. B.) Hier grassirt der Typhus demnach, daß sämtliche Schulen und Pensionate geschlossen werden mußten.

Paris, 16. November. (W. Z. B.) Deputirtenkammer. Im Laufe der Verhandlung über das Unterrichtsbudget hielt Bourgeois eine Rede zur Verteidigung des Laien-Unterrichts. Die Kammer beschloß mit 320 gegen 94 Stimmen den öffentlichen Anschlag der Rede.

Cadix, 16. November. (W. Z. B.) Der Prozeß gegen die Mörder des deutschen Bankiers Dachsner wurde heute zu Ende geführt. Der Hauptangeklagte Perez Gallego wurde für schuldig befunden und zum Tode verurtheilt, während der Mitangeklagte Galindo freigesprochen wurde.

Konstantinopel, 16. November. (W. Z. B.) Die Flotte richtete neuerdings eine Note an die Großmacht, in welcher auch gegen die provisorische Ernennung des Obersten Schäfer zum Gouverneur von Kreta energisch protestirt und darin hervorgehoben wird, daß derselbe wegen seiner agitatorischen Thätigkeit am armenischen Aufstand seiner Zeit aus der Türkei ausgewiesen sei, und daß auch dessen Verhalten in Egypten denselben bei den Muhamedanern unzulässig gemacht habe.

**Erster deutscher Seemannskongress.**

Hamburg, 15. November 1897.

Der Kongress wurde um 3 Uhr nachmittags von dem mit der Einberufung betrauten Vorsitzenden des Hamburger Seemannsvereins, A. Störmer, mit einem feierlichen Willkommensgruß eröffnet.

Zu Leitern des Kongresses werden Störmer, Hamburg und Wulfraat, Flensburg gewählt.

Nach Festsetzung der Geschäftsordnung wird die Tagesordnung wie folgt festgestellt: 1. die Lage der Seeleute und die Mißstände im Seemannsberuf; 2. die Gründung eines Seemannsverbandes in Deutschland; 3. Stellungnahme zur deutschen Seemannsordnung und Durchberatung der verschiedenen Abänderungsanträge und Resolutionen; 4. die Arbeiterschieds-Gesetze und die Seeleute.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Lage der Seeleute und die Mißstände im Seemannsberuf“, bemerkt Störmer, die Lage der Seeleute habe bereits viele Mißstände aufgedeckt. Redner verliest einige Artikel, aus welchen hervorgeht, mit welchen Mitteln die Seeleute unter „Notnahrung“ gehalten werden. Als auf einem Dampfer ein Steward sich beschwert habe, sei er obendrein mit Degradation und Geldstrafe in Höhe von 10 M. bestraft worden. In einem andern Falle sei ein Seemann auf Anordnung des Vorgesetzten verhaftet worden; Gründe seien nicht angegeben worden; dies habe man als überflüssig angesehen. Der Lohn eines Stewards betrage 30 M. pro Monat bei angestrengtester Arbeitszeit. Man müsse in betracht ziehen, daß ein solcher Arbeiter mindestens 10 M. pro Monat Wäschegeld brauchen müsse. Ein Steward sei beauftragt worden, seinem Kapitän, der auf der Kommandobrücke stand, Kaffee zu bringen. Das Schiff „Schlingerie“ derartig, daß der Mann über Bord fiel, mit dem Kaffee in der Hand. Nachdem Redner noch mehrere solcher Fälle angeführt, ergriß Müller-Hamburg das Wort, der mehrere Schilderungen aus dem Seemannsleben zum besten gab. Ein Schiffsjunge bekomme 12—15 M. pro Monat. Auf den Ozeanfahrern seien die Löhne äußerst niedrig. Auf vielen Schiffen sei die Besatzung nur 6—8 Personen stark, davon seien die meisten Schiffsjungen. Die wenigen Seeleute, die Matrosen, seien nicht in der Lage, die Schiffsarbeiten auszuführen. Auf Ozeanfahrern betrage der Lohn für Überstunden 20—25 Pf. die Stunde. Wenn jemand sich weigere, diese Arbeit zu verrichten, dann werde die Seemannsordnung herangezogen. Wer diese Überstundenarbeit nicht leisten wolle, der werde als „Meuterer“ behandelt. Der Kongress müsse gegen die Mißstände energisch Front machen. (Beifall.)

Effert-Hamburg: Auf den sogenannten „Schiffspalästen“, den großen transatlantischen Dampfern, sehe es in puncto der Behandlung und Bezahlung ebenso traurig aus. Selbstmorde seien dort an der Tagesordnung. Der Kapitän eines Hamburger Schiffes, das vor kurzem in Ostindien war, habe aus dem Ganges Wasser genommen, um damit die Tanks — Wasserbehälter — zu füllen. Man müsse bedenken, daß das Wasser mit den Erregern der Cholera infiziert war.

Wulfraat-Flensburg hebt hervor, daß der Verein der Seeleute in seinem Ort ein Resultat des Hafenarbeiter-Ausstandes in Hamburg sei. Der junge Organisation seien in kurzer Zeit 62 Mitglieder beigetreten. Man habe sofort eine Lohnerhöhung gefordert und habe dieselbe bewilligt erhalten. Jetzt sei die Organisation 330 Mitglieder stark. Der Hamburger Streik habe diese guten Resultate gezeitigt.

Schulz-Stettin: In meinem Heimatort sehen die Zustände äußerst traurig aus. Die Seeleute werden menschenunwürdig behandelt. Das Verpflegungsgeld betrage für den Seemann 1,25 M. und für den Offizier 1,65 M. pro Tag. Der Kapitän habe ein Interesse daran, daß Ersparnisse erzielt werden. Wobin diese Ersparnisse gehen, brauche er nicht zu erörtern. In Stettin sei in diesem Jahre ein Verein gegründet worden, der bereits 800 Mitglieder zähle. Für Überstunden würden den Schiffsjungen 10 Pf. Zuschlag bezahlt, ein Fortschritt, den der Verein erzielt habe.

Hoffmann-Hamburg bespricht zunächst das Feuerbauschystem in Hamburg. Herr Laieck in Hamburg habe seinerzeit gesagt, wer im Besitze der größten Macht sei, der werde siegen. Wobian, wir müssen uns diese Macht erringen, die Seeleute müssen sich das Wort des Großredners merken. In eingehenden Ausführungen geht Redner auf das Musterungssystem ein. Wenn jemand auf den Schiffen sich krank melde, dann verlasse der Arzt, der nach seiner Ansicht vielfach nur dazu da zu sein scheint, um den dritten Mann zum Stat zu bilden. Ein wesentlicher Fortschritt sei, daß das Feuerbureau der Rheder eingerichtet sei und dadurch die Landhaie, die Feuerbaue, unschädlich gemacht seien. Was die Feuerbaue verdient hätten, gebe aus der Erklärung des Oberinspektors der Amerika-Linie, Meier, hervor, der in einer Sitzung der Senatskommission zur Prüfung der Arbeitsverhältnisse im Hafen erklärt habe, es sei, als die Amerika-Linie vor einigen Jahren ihr eigenes Feuerbureau eingerichtet habe, eine Deputation der Feuerbaue zu ihm gekommen und hätten ihm und einem Kollegen pro angemusterten Mann 3 M. geboten, wenn die Musterung durch die Feuerbaue bestehen bliebe. Im ersten Jahre seien vom Feuerbureau 11 000 Mann angemustert, was also eine Summe von 33 000 M. mache, die die Baue von ihrem Verdienste in einem Jahre hätten abgeben wollen. Außerordentlich sei das Verhalten des Hafenarztes Dr. Nocht-Hamburg, der verschiedenen Mißständen energisch auf den Leib gerückt sei. (Beifall.)

Wulfraat-Flensburg schildert in drastischer Weise persönliche Erfahrungen, die ein eigenartiges Licht auf die Behandlung, Verpflegung und Entlohnung der Seeleute werfen.

Hoffmann-Hamburg beleuchtet die Arbeitsmethode der Heizer und Trimmer, die ab und zu aus „Freude“ ihrem traurigen Dasein ein Ende bereiten. Das Beschwerderecht sei so gut wie nicht vorhanden.

Edow-Kiel: In seinem Heimatort sei ein Verein der Seeleute gegründet worden, dem 27 Mitglieder beigetreten seien. Das Feuerbauschystem sei in Kiel ebenso wie in Hamburg. Von den unbefahrenen Reuten nehme man mitunter die ganze Monatsheuer.

Erh-Hamburg giebt ein anschauliches Bild von den technischen Einrichtungen der modernen Riesendampfer, auf denen die unheimliche Arbeitsmethode der Heizer und Trimmer wohl erleichtert werden könnte, wenn der gute Wille vorhanden wäre.

Drescher-Bremerhaven: Der Verein bestche in Bremerhaven seit 1890. 1891 sei der Streik ausgebrochen. Wenn derselbe auch nicht von Erfolg gekrönt gewesen sei, so habe er doch das Gute gehabt, daß die Organisation der Seeleute gekräftigt aus dem Kampfe hervorgegangen sei. Er übertreibe nicht, wenn er behaupte, daß über 1000 zahlende Mitglieder der Organisation angehörten. Hoffentlich werde in der nächsten Reichstags-Session die Seemannsordnung einer Revision unterzogen werden.

Am 3/4 Uhr wird die Verhandlung auf Dienstag Morgen verlagert.

Hamburg, 16. November.

Der Vorsitzende Störmer theilt mit, daß 20 Delegierte anwesend sind, welche die Orte Hamburg (Dreikönige, Heizer, Stewards), Stettin, Kiel, Moskau, Bremen, Bremerhaven, Flensburg vertreten.

In der Debatte zu Punkt 2 der Tagesordnung: Mißstände im Seemannsgewerbe, wird fortgefahren.

Schulz-Stettin: Die Stettiner werden danach streben, ein gemeinsames Feuerbureau zu erreichen. Jetzt holen sich die Kapitäne die Leute her, wo sie welche finden, infolgedessen werden häufig unbefahrene Leute, die keine Ahnung vom Seemannsberuf haben, für den Schiffsdienst angemustert.

Reichstags-Abgeordneter Gerisch: Ich habe mir das Wort erbeiten, um auf einige Mißstände aufmerksam zu machen und darüber

ihre sachmännliche Urtheil zu erbitten. Ich bin früher häufig von den Ozeanfahrern aus gefahren, u. a. mit Schiffen der Stettiner Dampfer-Kompagnie. Ich habe da beobachtet, daß außer der regulären Ladung auch noch häufig große Decklasten mitgeführt werden. Dadurch wird dem Seemann der Arbeitsplatz verbaud, aber hauptsächlich, ist mir von den Seeleuten gesagt worden, macht ein derartig beladenes Schiff bei schlechtem Wetter sehr viel Wasser, so daß das Leben der Mannschaft gefährdet ist. Wenn diese Mißstände noch existiren, so müssen wir im Reichstage für Bestimmungen eintreten, die diese Befrachtung ausschließen. Ein weiterer Mißstand ist der, daß so viel fremdländische Völker in der deutschen Handelsflotte beschäftigt sind. Vor dem See-Amt in Bremerhaven ist ein Fall verhandelt, bei dem es sich herausstellte, daß die aus Rußland bestehende Mannschaft nicht von dem verhand, was die Offiziere sagten und umgekehrt. Welche Gefahren birgt das bei stürmischem Wetter in sich. Es ist doch sicher kein Mangel an befahrenen Seeleuten. Von den auf englischen Schiffen fahrenden 83 000 Ausländern sind nicht weniger als 86 pCt. Deutsche Woher das kommt, ist leicht erklärlich, denn die Bezahlung ist eine bessere. In England ist ein Gesetz in Vorbereitung, daß auf englischen Schiffen drei Viertel der Mannschaft eines Schiffes Engländer sein müssen. So weit wolle er nicht gehen. Die Schiffsführer wählen aber die Sprache der bunt zusammengeführten Mannschaft verstehen; das sei das mindeste, was gefordert werden müsse. (Beifall.)

Hoffmann-Hamburg bittet die Delegierten, sich darüber zu äußern, welche Kündigungsklausel in ihrem Feuervertrag festgesetzt ist. Weiter bitte ich, darüber zu sprechen, wie es mit dem Vergütungslohn gehalten wird.

Störmer verliest sodann einige von auswärts eingegangene Berichte. Aus Pillau wird mitgeteilt: Seit dem Stettiner Seemannsstreik sind die hiesigen Heizer etwas gewachsen, nämlich auf 50 M. pro Monat. Die meisten Seeleute in Pillau sind Hausbesitzer, die sehr gern eine hohe Heuer nehmen, aber nichts thun wollen, sie zu erkaufen. In Danzig sind die Rhedereien erheblich zurückgegangen. Es kommen meist nur fremde Schiffe dorthin. Deshalb ist auch die Lage der Seeleute eine recht traurige.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Gründung eines deutschen Seemanns-Verbandes“, ergreift der Vertreter der General-Kommission, Reichstags-Abgeordneter Legien, das Wort, welcher hervorhebt, daß die Mißstände im Seemannsgewerbe durch die Presse, durch Versammlungen und durch die Vertreter der Arbeiter im Reichstage, sowie durch Petitionen der weitesten Öffentlichkeit bekannt geworden seien. Trotzdem sei nichts geschehen. Die Rheder kümmerten sich um das Wohlergehen der Seeleute nicht und die Befehlsgewalt habe noch keinen Anlaß genommen, durch Bestimmungen die Seeleute vor der schrankenlosen Ausbeutung zu schützen. Die Rheder und die Befehlsgewalt werden so lange zurückhalten, bis die Seeleute eine starke Macht bilden. Weil die Organisation bisher gefehlt, habe man bisher nicht die Forderungen berücksichtigt. Für die Seeleute ist nur die Zentralisation die einzig richtige Organisationsform, ja ich möchte fast sagen, die internationale Organisation. Aber wenn im Lande selbst keine nennenswerthe Organisation vorhanden ist, so ist eine internationale Organisation nur ein platonisches Verhältniß. Lokale Organisation ist deshalb zu verwerfen, weil es den Seeleuten an den nöthigen Personen fehlt, in den kleinen Orten Lokalvereine zu erhalten und auszubauen. In dem vorliegenden Statuten-Entwurf ist etwas Annehmbares für den zu gründenden Verband geschaffen.

Hoffmann-Hamburg tritt ebenfalls für Gründung eines Zentralverbandes ein. Die Zentralisation, die Festsitzigkeit unter den Seeleuten müsse aufhören.

Die übrigen Redner erklären fast ausnahmslos, gleichfalls für einen Zentralverband einzutreten.

Hierauf wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: Der Kongress der Seeleute Deutschlands beschließt, einen Zentralverband über ganz Deutschland zu gründen. Die jetzt bestehenden und auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Seemannsvereine schließen sich dem Zentralverband an.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Statutenberathung fortgesetzt und ertheilt der Verband den Namen „Seemanns-Verband in Deutschland“. Der vorliegende Statutenentwurf wird nach längerer Debatte mit geringen Aenderungen angenommen.

**Kommunales.**

Der Ausschuh der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der sozialdemokratischen Anträge hat in seiner gestrigen Sitzung hinsichtlich der Ausbildung der Lehrer in der Hygiene beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, dieselbe möge den Magistrat ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in Verbindung mit den schon bestehenden Kursen für Fortbildung der Lehrer auch eine Reihe von Vorlesungen zur Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen in der Hygiene gehalten werden. Ferner hat der Ausschuh hinsichtlich des Antrages, wonach das Polizeipräsidium angegangen werden soll um den Erlaß einer Polizeiverordnung, durch welche gewerbliche Beschäftigungen von Schulkindern vor Beginn der Schulleit, insbesondere das Austragen von Milch, Backwaren und Zeitungen, verboten wird, beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidium durch kommissarische Verhandlungen festzustellen, wodurch die übermäßige gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder, namentlich vor Beginn des Schulunterrichts und im Hansierhandel auf der Straße zu beseitigen ist. Der Antrag betreffend den Entwurf eines Ortsstatuts, durch welches den männlichen Arbeitern unter 18 Jahren die Verpflichtung zum Besuche einer Fortbildungsschule auferlegt wird, wurde einer späteren Sitzung vorbehalten.

**Lokales.**

**Achtung, Wähler des 40. Kommunal-Wahlbezirks Moabit!** Die Wählerlisten zur Stadtverordneten-Stichwahl liegen bis zum Wahltag, den 28. d. Mts. zu jedermanns Einsicht bei J. Harr, Pottlitzstr. 10 aus.

Parteiengenossen! Unermüdete Agitation ist erforderlich, wenn der 40. Wahlbezirk für uns erobert werden soll. Bedenkt, daß bei der Hauptwahl 17 000 Wähler der Wahlurne fernblieben. Thue deshalb jeder einzelne seine Pflicht, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

**Die Mitglieder des Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis** werden nochmals auf die morgen (Donnerstag) abends 8 1/2 Uhr im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c, stattfindende General-Versammlung aufmerksam gemacht. Außer dem Geschäftsbericht steht ein Vortrag des Genossen Theodor Mehnert auf der Tagesordnung, desgleichen gelangt das Protokoll des Hamburger Parteitages zur Vertheilung. Das Mitgliedebuch ist vorzulegen.

Die Zahlstellen des Wahlvereins befinden sich bei Wilhelm Börner, Ritterstraße Nr. 15; Emil Götze, Brandenburgerstraße 15; Gottfried Schulz, Admiralsstr. 40a; August Fick, Simeonstr. 23; Hermann Pies, Alte Jakobstr. 119. Dasselbe werden Beiträge entgegen genommen und Reuaufnahmen vollzogen.

Für etwaige Nachzügler und die Damen der Wahlvereinsmitglieder ist bei der heutigen Fußpartie der Genossen des dritten Kreises das Lokal von Lindenbagn in Grünau Treffpunkt. Der Vorstand.

**Achtung, sechster Wahlkreis (Schönhaufer Vorstadt)** Zu der bevorstehenden Stichwahl im 32. Kommunal-Wahlbezirk findet Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in Bernau's Festsaal, Schwebter-

straße 23/24, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Singer über die Nothwendigkeit der sozialdemokratischen Parteilisten im rothen Hause referiren wird. Wir erfinden die Parteigenossen, recht regt für den Besuch dieser Versammlung zu agitiren. Die Vertrauensperson.

**Gegen das Denkmal für die Märzgefallenen** machen jetzt auch die Hausagrarier mobil. In der letzten Versammlung des Grundbesitzervereins Nordost erklärten sich mehrere Redner gegen das geplante Denkmal, weil zu befürchten sei, daß zu den Massenansammlungen, die jetzt nur einmal im Jahre vorkommen, künftig noch mehrere weitere veranstaltet werden möchten. Wer aber diese Massenansammlungen bei solcher Gelegenheit einmal mitangehen habe, der werde begreifen, daß ruheliebende Leute nicht in eine Gegend ziehen oder nicht dort wohnen bleiben, wo öfter solche Versammlungen stattfinden!

Ein solcher Standpunkt sieht ja dem Hausagrarierthum — auch dieses ist in Berlin freisinnig — überaus ähnlich. Die ruheliebenden Leute hätten aber bedenken sollen, daß vor der rothen Farbe, die alljährlich am 18. März in der Gegend am Friedrichshain ruheliebend in die Erscheinung tritt, bisher immer nur das liebe Kindvieh kopfscheu geworden ist. Wenn die guten Leute dies in betracht gezogen und wirklich geschwiegen hätten, wäre ihnen eine große Blamage erspart geblieben.

**Der Handelsrichter und Bankier**, der kürzlich die ihm zugedachten Orden und Ehrentitel ausgedehnt hat, ist, wie hiesige Blätter melden, der Bankier Eugen Schlieper hier selbst.

**Das Polizeipräsidium** bittet einige hiesige Blätter, im Interesse des Feuer-Schutzes der Stadt, die hiesigen Einwohner über nachliegende Punkte zu unterrichten. Was thut man am zweckmäßigsten beim Ausbruch eines Feuers? Man ruft sofort die Feuerwehre zu Hilfe, ohne durch vielleicht unweckmäßige eigene Löscheversuche das Feuer größerer Umfang gewinnen zu lassen. Wie ruft man die Feuerwehre am schnellsten zur Hilfe? Man geht auf das nächste Polizei-Revier, die nächste Feuerwache oder zum nächsten öffentlichen Feuerwehler (den jedem Berliner bekannten Säulen), die sich entweder auf offener Straße — oder in einem von außen gekennzeichneten Hause befinden. Wo befindet sich der nächste Feuerwehler? Darum kümmert sich ein vorsichtiger Mensch schon vorher, ehe er ihn nöthig braucht, sonst sagt es ihm jeder Schuhmann auf der Straße, auch steht es in der Nähe jedes blauen Post-Briefkastens angeschrieben und an den Anschlagtafeln, sowie an den Uranialäulen. Wie steht man den Feuerwehler in Thätigkeit? Das steht an jedem Feuerwehler angeschrieben: Man zerbricht die Glasscheibe, schließt mit dem von außen sichtbaren Schlüssel die Klappe auf und zieht kräftig an dem dann sichtbar werdenden Knopfe. Was hat man dann noch zu thun? Wenig, aber die Hauptsache. Man bleibt beim Feuerwehler stehen, bis die Feuerwehre dort ankommt und sagt ihr, wo es brennt — oder man schreibt die Brandstelle genau nach Straße, Hausnummer, Stockwerk etc. auf, wogu Bleistift und Papier im Kasten vorhanden sind, und läßt das Papier in dem Kasten liegen.

**Ein furchtbares Eisenbahnunglück** hat sich gestern Nachmittag auf dem Potsdamer Ringbahnhof ereignet. Der zu 2 Uhr 33 Minuten aus Charlottenburg fällige Sächringzug Nr. 1876 fuhr aus einem bis jetzt unerklärt gebliebenen Grunde mit einer solchen Geschwindigkeit in die Halle ein, daß die anwesenden Bahnhofsbeamten auf das Bestigste erschrecken und von allen Seiten her auf den Zug zuliefen. In demselben Augenblicke war auch das Unglück schon geschehen. Der Zug stieß derart gegen den hydraulischen Pressbock, daß dieser vollkommen zerstört und der erste Wagen auf die Maschine hinaufgeschoben wurde. Hierbei ist der Lokomotivführer Kulinsky getödtet und der Heizer Christian Scherer verletzt worden. Einzelne Reisende erlitten ebenfalls Verletzungen, die aber sämmtlich ungefährlicher Natur sind. Die meisten Fahrgäste stiegen bei dem furchtbaren Anprall mit den Köpfen gegen einander oder wurden zu Boden geschleudert. Es sind im ganzen etwa 15 leichtere Verwundungen vorgekommen.

In einzelnen wird noch berichtet: Der Lokomotivführer Kulinsky, ein Mann, der bereits 20 Jahre fuhr, wurde durch die Last des aufgelärmten Wagens, die ihn niederdrückte, vollständig ermornt und war sofort todt. Der Heizer Christian, der seit acht Jahren als Heizer fährt und auf der linken Seite der Maschine stand, während Kulinsky sich rechts befand, wurde an den Beinen und am Unterleib gefaßt. Der Unterleib wurde ihm schwer gequetscht und die Beine mehrfach gebrochen; er lebt noch, wird aber kaum durchkommen, zumal er auch durch austretenden Dampf am Oberkörper entsetzlich verbrüht wurde. Der erste Wagen blieb in seinem oberen Theile ganz, so daß die Fahrgäste mit leichten Quetschungen und Hautabstülpungen davonkamen. Der zweite Wagen, Nummer 3715, ebenfalls 3. Klasse, erwies sich als nicht so fest wie der erste. Dieser drückte vielmehr seine Vorderwand ein und schob sich in sein erstes Abtheil hinein. In diesem Abtheil hatten aber zum Glück die Fahrgäste auch noch so viel Raum, daß sie sich frei bewegen konnten und nicht erdrückt wurden. So erlitten sie ebenfalls nur leichtere Verletzungen dadurch, daß sie von ihren Sichen gegen die Hinterwand des Abtheils geschleudert wurden. Der zweite Rückschlag riß die beiden in einander gesauften Wagen wieder auseinander, der erste Wagen dagegen blieb mit dem Vordertheil auf der Maschine liegen. Erst nach diesem zweiten Rückschlag kam der Zug vollständig zum Stehen. Nunmehr übernahm man die ganze Katastrophe. Die Maschine stand auf dem unversehrten Unterbau mit zertrümmertem hinteren Obertheil auf dem Geleise. Auf dem eingedrückt Oberbau lag mit dem Vordertheil der erste Wagen, dessen Oberbau ganz geblieben war, während seine Achsen, Räder und Federn gebrochen waren und in Trümmern zum theil auf der Maschine, zum theil auf dem Geleise lagen. Der zweite Wagen stand mit heilen Rädern, gebrochenen Achsen und Federn und einem zertrümmerten Abtheil auf den Schienen. Der Bahnhofsvorsteher und alle anwesenden Beamten und Arbeiter machten sich sofort daran, den verunglückten Lokomotivführer und Heizer aus den Trümmern zu befreien. Als ihnen das jedoch trotz aller Bemühungen nicht gelang, rief man nach etwa einer halben Stunde die Feuerwehre zu Hilfe, welche nach einiger Anstrengung den verunglückten Heizer hervorholte. Er wurde entsetzlich zugerichtet in ein Krankenhaus gebracht. Christian wohnt in der Christstraße; er ist verheirathet und hat drei Kinder. Kulinsky wohnt am Charlottenburger Bahnhof und lebt in kinderloser Ehe.

Das Unglück läßt von neuem die Nothwendigkeit erkennen, daß auch den Stadtbahnzügen Schutzwagen angehängt werden. Die Eisenbahnverwaltung mag aus der wenigstens für die Passage noch glimpflich abgelaufenen Katastrophe die erforderliche Lehre ziehen.

**Der Verfasser des Extrablattes**, das die falsche Nachricht von der Verhaftung des Raubmörders Goency in Porto Alegre enthielt, Karl Pahl, ist, einem hiesigen Blatte zufolge, verhaftet worden.

**Im Zeichen des Verkehrs.** Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Aus Anlaß der am 18. d. M. im Lustgarten hierseits stattfindenden Rekruteneinweihung werden der Lustgarten, die Schlossfreiheit, die Schlossbrücke und die Kaiser Wilhelmbrücke voraussichtlich von 9 Uhr vormittags ab bis nach beendeter Feier für jeglichen Verkehr gesperrt.

**Am Spittelmarkt** werden gegenwärtig die sämmtlichen alten Häuser des zwischen der Rur- und Oberwasserstraße gelegenen Theiles der Kleinen Rurstraße abgebrochen, während an der Gede der Oberwasser- und Kreuzstraße bereits zwei alte Gebäude vollständig niedergehauen sind. An beiden Stellen werden große Geschäftshäuser gebaut werden. Auf der anderen Seite des Spreearms, an der Gede der Friedrichsgracht und der Vertrau-

Kraße, werden ferner die häßlichen, buntemalten Giebel verschwinden.

Vom Meistegeier ist ein der bekanntesten Nachtball-Etablissements, der „Klub Royal“ am Schiffbauerdamm, erfasst worden. Gestern Vormittag hielt der Gerichtsvollzieher in den oben Pracht-räumen fürchterlichen Rekrans.

Verhaftet wurde der Vertreter der hiesigen Schulheiß-Brauerei, Fischer in Brandenburg, der, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, wegen bedeutender Unterschlagungen die Flucht ergriffen hatte. Es wird dem Blatte mitgeteilt, daß die Unterschlagungen bedeutend höher sind, als man anfänglich angenommen hatte; sie betragen etwa 40 000 M. Auch der Wechselfälschung soll Fischer sich schuldig gemacht haben.

Wir erhalten von der Direktion des böhmischen Branntweins folgende Zuschrift: „Es ist aufgefallen, daß in der Rundschau, welche die Berliner Branntweiner zu Gunsten der Unfallstationen gegen die Rettungsgesellschaft erlassen haben, die Unterschrift der Direktion des böhmischen Branntweins fehlt. Dieses findet, wie uns mitgeteilt wird, dadurch seine Erklärung, daß Direktor Bernhard Knoblauch von böhmischen Branntwein als Mitbegründer der Berliner Unfallsstationen und Vorsitzender des Kuratoriums derselben in eigener Sache nicht gut Stellung nehmen konnte.“

Ueber den verhafteten Buchhändler W. Frisch werden uns von einem Bekannten noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Frisch hatte schon längere Zeit Furcht vor seiner Verhaftung, ohne indes zu ahnen, daß die Kriminalpolizei eine gewaltige Fülle des Beweismaterials über seine Vergehen gesammelt hatte. Als einige der Opfer von dem Kriminalkommissarius v. Kraatz und dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Telle vernommen worden waren, ließen unzählige anonyme Zuschriften in der Wohnung Frisch's ein. Auf einer heißt es: „Alter Buchhändler, endlich ist Deine Zeit gekommen. Nun wirst Du endlich mit dem Buchhause für Deine Gemeinheiten Bekanntschaft machen.“ Zu dieser Zeit befand sich Frisch gerade auf einer seiner bekannten „Geschäftsreisen“. Kurze Zeit darauf kehrte er nach Berlin, aber nicht in seine Wohnung zurück. Der Bäufeldame vom Champagnerbüffet eines hiesigen Theaters machte er eines Abends auf offener Straße eine stürmische Liebeserklärung. Als sich die Dame das energisch verbat und schließlich in eine Droschke flüchtete, schwang er sich ebenfalls in die Droschke, beschimpfte die Dame in nicht wiederzugebender Weise und drohte ihr mit Denunziation bei der Sittenpolizei. Zwei seiner Opfer, die ihm entronnen waren, traf er am Bahnhofs-Friedrichstraße und verfolgte sie unter gleichartigen Drohungen, bis sich die jungen Damen auf den Perron des Potsdamer Bahnhofes flüchteten und sich hier dem Schutze zweier Herren anvertrauten. Viele seiner Opfer beschenkte er fürstlich mit — Talmirungen. Fr. kamte oft bis nach 8 Uhr in der Friedrichstadt. So wie er sich in Leipzig „Baron v. Fr.“ nannte, legte er sich hier den Titel „Lieutenant Fr.“ bei.

Die beiden Personen, die, wie gemeldet, in einem Gasthose der Mittelstraße erschossen aufgefunden wurden, sind der 26jährige Goldschmied R. aus Berlin und die gleichalterige Frau des Schneiders St. in Schönberg. Dieser hatte seine Gattin erst vor 5 Wochen heimgeführt. Frau St. wurde seit zwei Tagen von ihren Angehörigen vermisst; sie hatte sich heimlich entfernt, was auch der Polizei gemeldet war. Wie nun feststeht, war sie mit R., einem alten Bekannten, wieder zusammengetroffen. Frau St. war früher Dienstmädchen bei einem Gardeoffizier, bei dem R. Burtsche war. Aus der Ehefrau wurde jedoch nichts. Später hat nun wieder eine Annäherung stattgefunden, bis das Verhältnis in schrecklicher Weise sein Ende nahm. Bei der Leiche des Mannes wurden noch etwa 50 M. bares Geld gefunden.

Abermals ein Selbstmordversuch in einem Hotel. Gestern Abend machte der etwa 45 Jahre alte Kaufmann Paul W. aus Fock (Bauff) in einem Hotel in der Burgstraße den Versuch, sich durch einen Schuß in den Mund zu tödten. Er wurde nach der Charité gebracht.

Auf dem Bau ist am Montag Nachmittag 3 1/2 Uhr der 29 Jahre alte Steinträger Karl Urban aus der Hüstenstr. 8 schwer verunglückt. Er hatte auf dem Neubau der Handelsgesellschaft „Welle-Alliance“ zwischen der Friedrichstr. 12 und Lindenstraße Steine in den 3. Stock hinaufgetragen und wollte wieder hinabgehen, als er in der Höhe des 2. Stockes stolperte und kopfüber auf den Bretterbelag des 1. Stockwerks herabfiel. Mit einer schweren Schädelverletzung wurde er zunächst nach der Unfallstation I gebracht und von dort einem Krankenhaus zugeführt.

Feuerbericht. Montag Abend 7 1/2 Uhr waren Schlieffmannstraße 40 durch Unvorsichtigkeit Betten in Brand geraten, der bei Ankunft der Wehr auch bereits Möbel und Kleider ergriffen hatte, indes bald gelöscht wurde. Um dieselbe Zeit war Hochstädterstraße 81 in einem Carousselwagen eine Petroleumlampe umgestürzt und hatte einen kleinen Brand verursacht, bei dem jedoch die Wehr nicht mehr in Aktion zu treten brauchte. Dienstag Nachmittag 3 1/2 Uhr wurde sie nach dem Potsdamer Bahnhofe gerufen, um bei einem erfolgten Eisenbahn-Unfall Hilfe zu leisten. Um 6 Uhr erfolgte Alarm nach Wienerstraße 14a, wo ein Schaufelbrand abzuflammen war. Endlich hatte sie 6 1/2 Uhr nach Ritterstraße 88 auszurufen.

Gestern Nachmittag fand die Eröffnung der Unfallstation XIII in der Kronenstraße 56, dicht an der Friedrichstraße, statt.

Die Budapestischer Cyprien-Gesellschaft hat ihr Publikum abends mit zwei brillanten Neuheiten erfreut. „Das Modell“ spielt im Bureau eines jüdischen Heirathsvermittlers, der sein „wohlaffortirtes Lager“ mit einer Ungenirttheit an den Mann zu bringen sucht, wie sie eben nur in diesen Kreisen gang und gäbe ist. Während dieses Stück durch Wih von größerem Kaliber wirkt, kommt in dem Schwank „Das Armband“ schon feinere Charakteristik und eine zwar einfache, jedoch geschickt durchgeführte Handlung zur Geltung. Das beide Stücke vortrefflich gespielt werden, bedarf kaum der Erwähnung; beruht der Erfolg der Budapestischer doch gerade auf der originellen und verblüffend geschickten Darstellung jüdischen Volkslebens. Wer dieses von seiner heiteren Seite kennen lernen will und nicht übermäßig präde verlangt ist, kann bei diesem Ensemble, aus welchem wir die Damen Georgette und Fornau sowie die Herren Eisenbach, Haktel, Kott und Liebel hervorheben, reiches Ergöhen finden.

Die Direktion der Projektionsvorträge über Kunst und Kultur (Dr. Köppen und Dr. Stübner), altes Urania-Theater am Veltter Stadt-Bahnhof, heißt uns mit, daß heute abend 8 Uhr der Vortrag: „Senebio und seine Kunstschätze“, von Herrn Professor Dr. Max Schmidt-Rachen) erläutert durch zum theil farbige Lichtbilder, wiederholt wird.

Tobensontags-Zensur. Die vom „Deutschen Theater“ für Sonntag angezeigte Vorstellung von Georg Hirschfeld's Schauspiel „Agnes Jordan“ kann nicht stattfinden, weil die Polizeibehörde das Werk als „dem Ernste des Tages nicht angemessen“ befunden hat. Infolge dessen wird am Sonntag „Die versunkene Glocke“ mit Agnes Sorna und Josef Raing gegeben, während die nächste Aufführung von „Agnes Jordan“ auf kommenden Mittwoch, den 24., gelegt werden muß.

Theater. Das Deutsche Theater hat die Uraufführung seiner nächsten Revue, das Lustspiel „Madchenraum“ von Max Bernheim, zu dem die Proben bereits begonnen hatten, wegen des anhaltenden Fieberleidens eines der „Jugendfreunde“ noch verschoben. Inzwischen wird als Aufführung Neuanfänger „Näthen von Heilbrunn“ mit Agnes Sorna in der Titelrolle vorbereitet. Die erste Vorstellung ist auf Dienstag, den 23. d. M. angelegt. — Das Schiller-Theater bringt zum heutigen Abende ein „Geistliches Konzert“, bei welchem die Damen Emma Carell (Soprano), Bertha Johnson (Mezzo-Soprano), Hedwig Joel (Alt) und die Herren Eduard Scheller (Bariton), Heinrich Brühl (Tenor), Leo Sarantzenholz (Basso) und A. Scheller (Orgel) mitwirken. Das ausführliche Programm ist an den Tisch-Säulen ersichtlich. Die Presse ist die der Sonntag-Nachmittagsvorstellungen. Die nächsten unmittelbar aufeinanderfolgenden Aufführungen der Ballenfein-Trilogie finden Donnerstag („Ballenfein's Lager“) und „Die Piccolomini“) und Freitag („Ballenfein's Tod“) statt. Für beide Abende werden an der Tageskasse des Schiller-Theaters Billets ohne Aufgeld abgegeben.

## Aus den Nachbarorten.

Wahleresultat der gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg (III. Abtheilung). 1., 2. und 4. Bezirk Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen, 3. und 5. Bezirk Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen, 6. Bezirk Stichwahl zwischen dem freisinnigen und unparteiischen Kandidaten. Im 7. Bezirk wurde der Kandidat der „Unparteiischen“ gewählt.

Ein Dammfall hat den Tod des 46 Jahre alten Arbeiters Ferdinand Ruffat aus Berlin herbeigeführt. Derselbe arbeitete auf dem Bau des neuen Gasbehälters in der Gasanstalt zu Bernau und war, auf einer Leiter stehend, damit beschäftigt, an der Außenseite des Gasbehälters eine Stredde anzuschrauben. Diese schlug plötzlich zurück, traf Ruffat vor die Brust und schleuderte ihn von der Leiter herab. In schwer verletztem Zustande wurde er in das Krankenhaus gebracht, woselbst er bald durch den Tod von seinen Leiden erlöst wurde. Ruffat war verheiratet und hinterläßt eine Frau und einen erwachsenen Sohn.

Der Arbeiter Rosok aus Friedrichshagen, der den Tod seiner verheirateten Schwester verschuldet haben sollte, ist freigelassen worden. Die Obduktion der Leiche hat keinen Anhalt für seine Schuld ergeben, besonders haben sich keine Verletzungen nachweisen lassen.

Die Zahl der Einwohner Charlottenburgs betrug Ende Oktober 165 614. Ende September hatte Charlottenburg 158 553 Einwohner. Die Vermehrung durch den Zuzug abzüglich der weggezogenen betrug im Monat Oktober 6558, die der Geburten 264, die der Todesfälle 161, sodaß die gesammte Vermehrung 7061 Personen betragen hatte.

Ein merkwürdiger Vorgang bei den in voriger Woche vollzogenen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen in Spandau wird dort viel besprochen. In einer Wählerversammlung der zweiten Abtheilung war auch ein Gymnasialprofessor als Kandidat aufgestellt worden. Am Tage vor der Wahl erschien nun von ihm ein etwas merkwürdiger, langer Brief in den Wäldern, worin er seine Kandidatur ganz besonders in den Vordergrund stellte. Bei der Wahl erhielt er unter allen Kandidaten jedoch die kleinste Stimmenzahl und ist nicht gewählt worden. Drei Tage später erfolgte wegen „schwerer Erkrankung“ seine Verurlaubung für den ganzen Winter. Der trank Gymnasialprofessor gedent eine Reise nach Italien zu unternehmen.

## Gerichts-Beilage.

Ein unliebsames Abenteuer, welches der Reichstags-Abgeordnete Genosse Arthur Stadthagen im Sommer des Jahres 1896 auf Helgoland zu besuchen hatte, beschloßte gestern die achte Strafkammer des Landgerichts I. Am 15. August des genannten Jahres wollte Stadthagen unsern Parteigenossen Ledebour und dessen Frau, welche Helgoland verlassen wollten, nach dem nach Sydt fahrenden Dampfer begleiten. Das Boot, welches die Fahrgäste nach dem Dampfer fährt, geht von der Landungsbrücke ab. Um für die Ankommenden und Abreisenden genügend Platz frei zu halten, war ein Theil des Brückenkopfs für das übrige Publikum durch eine Leine abgesperrt. Stadthagen, welcher das Boot ebenfalls benutzen wollte, befand sich nebst den Ledebour'schen Eheleuten vor der Leine. Der Gendarm Stoffers richtete an Stadthagen die Frage, ob er ebenfalls abreisen wolle. Stadthagen erwiderte, daß er keine Veranlassung habe, hierauf eine Antwort zu ertheilen, der Gendarm möge ihn nicht belästigen. Nun habe dieser, wie Stadthagen behauptet, in großer Weise zu ihm gesagt: Scheeren Sie sich hinter die Leine! Stadthagen habe sich geweigert, worauf der Gendarm ihn angefaßt habe. Stadthagen hat dann dessen Hand zurückgestoßen, und erwidert, er habe das Recht zu bleiben, wo er stehe. Der Gendarm habe jetzt von ihm abgelassen, das Boot legte an und ste seien eingestiegen. Der Gendarm habe noch eine Bemerkung gemacht, die von den im Boote Sitzenden nicht verstanden wurde, aber dem Ton nach entschieden beleidigend gewesen sei. Ledebour habe die Ausrufung getan: „Das ist ja eine unerhörte Behandlung!“ Der Gendarm habe dann zurücksinken: „Halten Sie Ihre schnoddrige Schnauze, sonst kommen Sie auch in den Raster!“ und diese Ausrufung wiederholt. Als Stadthagen mit dem Boot zurückgekehrt war, begab er sich sofort nach dem Landratsamt, um über den Gendarm Stoffers Beschwerde zu führen. Gleichzeitig richtete er an den Minister des Innern eine Depesche, worin er anzeigte, daß er auf's grösste insultirt worden sei und um Schutz bitte. Am 27. August erhielt Stadthagen vom Landratsamt den Bescheid, das das Verhalten des Gendarmen ihm gegenüber als in Korrekt nicht bezweifelbar werden könne, vielmehr sei gegen ihn Strafantrag wegen Beamtenebeleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt gestellt worden. Nun richtete Stadthagen wegen dieses Bescheides eine Beschwerde an den Regierungs-Präsidenten von Schleswig. Seine Beschwerde wurde wiederum zurückgewiesen. In einer weiteren Beschwerde an den Oberpräsidenten vom 23. Oktober 1896 hielt Stadthagen seine Beschwerde aufrecht. Er bezeichnete dabei das Verhalten des Gendarmen Stoffers als flegelhaft und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß eine Behörde anderer Ansicht sein könne. Der Tropenkoller-Absolutismus sei für Helgoland doch noch nicht eingeführt. In diesen Ausdrücken erblickte die Anklagebehörde eine Beleidigung des Gendarmen Stoffers und diese bildeten den Gegenstand der gestrigen Verhandlung. Der Angeklagte führte aus, daß er sich im vollsten Recht befinde, die Bemerkung von dem Tropenkoller-Absolutismus beziehe sich offenbar gar nicht auf den Gendarmen Stoffers. Wenn er in seiner ersten Beschwerde die Ausdrücke wiederholt habe, mit denen er das Verhalten des Gendarmen gekennzeichnet habe, so sei dies zur Begründung der Beschwerde durchaus berechtigt gewesen. Er habe das Gefühl gehabt, daß der Gendarm Stoffers ihn vorfänglich anzurempeln wolle, zumal derselbe sogar einmal den Wirth „Zur großen Meereswooge“, in dessen Lokal der Angeklagte verkehrte, aufgefördert habe, ihn hinauszujerkeln, da er Sozialdemokrat sei und mit Arbeitern verkehre.“ Er halte diesen Fall für geeignet, der Frage näher zu treten, ob die Kosten nicht dem Antragsteller anzuerlegen seien. Die Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen enthalten sämtlich die Bekundung über die grobe Ausrufung, die der Gendarm den im Boote Sitzenden zugerufen hätte. Bei dem vorhergegangenen Vorfalle auf dem Brückenkopfe sei der Angeklagte sehr erregt gewesen. Der Wirth „Zur großen Meereswooge“ bestätigte, daß Stoffers ihn habe veranlassen wollen, den Angeklagten aus seinem Lokale rauszuschmeißen, da derselbe Sozialdemokrat sei.“ Er habe dies abgelehnt.

In der Beweisaufnahme vor dem Gericht wurden die Ledebour'schen Eheleute, ein cand. med. Paderstein und der Gendarm Stoffers vernommen. Die Aussagen der Ledebour'schen Eheleute deckten sich mit den Bekundungen der kommissarisch vernommenen Zeugen und mit den Auslassungen des Angeklagten. Für die Auffassung eines Theils der stützenden Jugend besonders interessant war die Aussage des cand. med. Paderstein. Dieser junge Mediziner der Medizin hat sich dem Gendarmen als Zeuge angeboten; er theilt mit, daß er von dem Inhalt der Ausrufungen Stadthagen's oder Ledebour's gar nicht wiedergeben könne. Offenbar sei aber Stadthagen dem Befehle des Gendarmen „ungehorsam“ gewesen. Der Gendarm sei ruhig geblieben, habe allerdings Ausdrücke gebraucht, wie „Halten Sie Ihre schnoddrige Schnauze“. Inbessenen habe er, der Zeuge, angenommen, daß diese Ausdrücke bei dem Benehmen der beiden Herren, die durchaus nicht „gehorsam“ wollten, wohl angebracht seien. Der Gendarm Stoffers gab zu, den Ausdruck „Halten Sie die Schn.“ gebraucht zu haben. Er habe sich für berechtigt gehalten, so wie gefahren, gegen Stadthagen vorzugehen. Dies Vorgehen beruhe auf Instruktion des Landratsamts. Der Zeuge, der bis zum 1. Oktober 1896 sein Amt in Helgoland versehen hat, ist jetzt Hilfsarbeiter im Abgeordnetenhause. — Staatsanwalt Dr. Eger zog aus der Beweisaufnahme den

Schluß, daß sich der Angeklagte höchst ungehörig benommen und es sich selbst zuschreiben habe, wenn der Beamte schließlich seine Worte nicht mehr genügend abwog. Er beantragte vier Wochen Gefängnis. — Rechtsanwalt Seinemann und der Angeklagte selbst führten dagegen aus, daß die Ungehörigkeit des Verhaltens lediglich bei dem Zeugen Stoffers liege, und daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugubilligen sei. — Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Erkenntnis.

In der Begründung des Urtheils heißt es: Aus der Beschwerde, die unter Anklage steht, fallen alle Ausdrücke mit Ausnahme des einen fort, daß das Verhalten des Gendarmen ein flegelhaftes sei. Die anderen Ausdrücke können überhaupt keine Beleidigung des Gendarmen enthalten. Für die Beurteilung, ob in der Ausrufung „flegelhaft“ im vorliegenden Falle eine Beleidigung liegt, ist es notwendig, auf den Vorfalle vom 15. August 1896 zurückzugehen. Dieser Vorfalle hat sich nach der Beweisaufnahme wie folgt abgespielt: Stadthagen wollte die Ledebour'schen Eheleute zum Schiff begleiten und hatte sich auf den für die Abreisenden bestimmten Platz begeben. Der Gendarm Stoffers hat, ohne daß ein Anhalt dafür vorlag, daß Stadthagen nicht abfahren wolle, ihn hieran zu hindern gesucht. Hierbei ist es zu gegenseitigen Schreiereien und Handgreiflichkeiten gekommen, in deren Verlauf der Gendarm den Ausdruck gebraucht hat: „Halten Sie Ihre schnoddrige Schnauze.“ Diesen Ausdruck konnte der Angeklagte auf sich beziehen. Der Gendarm hat damit zweifellos seine Befugnisse bei weitem überschritten. Der Ausdruck „flegelhaft“ in der Beschwerde ist zweifellos ein sehr scharfer, geht aber nicht über das erlaubte Maß hinaus, da der Angeklagte in voller Wahnehmung berechtigter individueller Interessen handelte. Der Angeklagte war demnach freiszusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Von der Befugnis, auch die notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen, hat der Gerichtshof keinen Gebrauch gemacht, weil der Angeklagte als Rechtsverständiger bei Gebrauch seiner scharfen Ausdrücke sich sagen mußte, daß eine Anklage nicht ausgeschlossen wäre.

Eine zweite gegen den Abg. Stadthagen gerichtete Anklage beschuldigte den Angeklagten: am 15. September und am 2. Oktober 1894 die gesammten Staatsbeamten, insbesondere die dem Ministerium des Innern und dem Justizministerium unterstellten Beamten, den Landgerichtsdirektor Brausewetter, sowie die Offiziere und Unteroffiziere der Armee, sowie am 1. Mai 1895 die Beamten des Polizeipräsidiums beleidigt zu haben. Der Angeklagte ist f. J. wegen dieser Vergehen zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden. Das Reichsgericht hat dieses Erkenntnis aufgehoben. — Es handelt sich zunächst um eine am 15. September in Neu-Weipenssee stattgefundene Versammlung, in welcher der Angeklagte über das Thema sprach: „Warum erläßt der Landrath geheime Erlasse?“ Er soll dabei jene Sprache angesetzt haben, welche kritisiert und gesagt haben, wenn die Verwaltungs-Beamten für alle ihre Handlungen voll verantwortlich wären, namentlich auch die Staatsanwälte, so würden sie fortgesetzt im Gefängnisse sitzen u. c. — Der Angeklagte behauptete, daß es sich hier um mißverständliche Auffassungen der überwachenden Beamten handle, die aus längeren, logisch entwickelten Ausführungen einige Krassheiten einfach an einander geliebert haben. Er habe speziell die Grundfälle, welche in den höheren Urtheilen in Disziplinarfachen entwickelt sind, beleuchtet, den Klagengegenstand hervorgehoben. Seine Ausführungen über Soldateneinrichtungen hätten nicht den Zweck gehabt, allgemein die Offiziere oder Unteroffiziere zu beleidigen, sondern die Berechtigung des bekannten Erlasses des Prinzen Georg von Sachsen nachzuweisen. Weiter ist unter Anklage gestellt eine am 2. Oktober 1894 in der Waldemarstraße vom Angeklagten gehaltene Rede über das Thema „Lumpengehälter, Polizei und Brausewetter oder geheime Erlasse.“ Er soll darin das Polizeipräsidium, die Herr Brausewetter, die Thätigkeit und Fähigkeiten der Richter und Staatsanwälte scharf und in beleidigend abfälliger Weise kritisiert haben. Der dritte Theil der Anklage betrifft eine Rede des Angeklagten in einer am 1. Mai 1895 in Friedrichshagen abgehaltenen Volkerversammlung. Er soll darin das dem Reichstage vorgelegte Umsturzgesetz, die darin für Spittel vorgesehene Strafflosigkeit u. c. besprochen und u. a. gesagt haben: Wenn der Reichstag eine solche Vorlage annehmen könnte, so würde sich für das neue Reichstagsgebäude ebenso wie für das Ministerium des Innern und das Polizeipräsidium die Inskription empfehlen: „Hier werden für Lumpen die höchsten Preise bezahlt.“

Der Angeklagte betonte, daß diese Redewendung wörtlich folgendermaßen gelautet habe: „Wenn der Reichstag, wie ihm durch die Umsturzvorlage angeschlossen werde, eine Begünstigung des Spittelhums und Leckspittelhums beschließen sollte, so scheine mir als Inskription für den Reichstag eine ähnliche zu passen, wie ich zu wiederholten Malen früher (in öffentlichen Versammlungen) als für das Ministerium des Innern und für das dem Mühlendamm nahe gelegene Polizeipräsidium mit Rücksicht auf deren Speisung und lebhafteste Unterstützung von Syphilis und dergleichen wohlgenährten Leuten dahingehend vorgeschlagen habe: „Hier werden für Lumpen jeder Art die höchsten Preise gezahlt oder bewilligt.“ Gericht und Anklagebehörde gaben dies zu.

Strafanträge sind gestellt seitens des Landgerichtspräsidenten zu Berlin, des Staatsministers, des Kriegsministers, des Ministers des Innern, des Justizministers und des Geheimen Regierungsraths Friedheim in Vertretung des Polizeipräsidiums. Der Angeklagte bestritt in formeller Hinsicht, daß der Justizminister und der Minister des Innern zur Stellung eines Antrages befugt sind, da beide zur Zeit, wo die angeblichen beleidigenden Ausrufungen fielen, noch gar nicht im Amte waren. Auch Geheimrath Friedheim habe keinen Antrag stellen können, da nach einer Kabinettsordre aus dem Jahre 1822 der Polizeipräsident nur im Falle der Abwesenheit oder im Krankheitsfalle und nur durch einen besonders dazu bestellten Vertreter vertreten werden könne. Diese Kabinettsordre sei in dem hier interessirenden Punkte im Jahre 1830 ausdrücklich aufrecht erhalten. Ueberall da, wo in den Neben Thatsachen behauptet sind, insbesondere in bezug auf die Spittel und auf die Vorgänge am 18. Januar 1894, tritt Stadthagen den Wahrheitsbeweis unter ausdrücklichem Protest gegen die Beweisaufnahme an. Nach längeren Ausführungen zwischen Staatsanwaltschaft, Verteidigung und Angeklagten wird die Fortsetzung der Verhandlung auf Donnerstag, den 18. d. Mts. 11 Uhr vertagt. Zu dem Termin soll Regierungsrath Friedheim als Zeuge geladen werden.

Zu Agram begann gestern die Verhandlung in dem Prozesse gegen 86 Personen wegen der am 21. September in Sjenica (Bezirk Biskupina) erfolgten Ermordung von Beamten. Die Anklage lautet gegen 84 Angeklagte auf Mordanschlag, die beiden anderen werden der Mitschuld angeklagt. Das Verhör von vier Angeklagten wurde durchgeführt; einige derselben leugneten, andere gestanden ihre Schuld, schonten jedoch die Mitschuldigen.

## Versammlungen.

Der Bund der Industriellen hielt am Montag Abend im Hotel „Der Jahreszeiten“ eine Sitzung ab, zu der der Eintritt nur gegen Vorzeigung einer Einladungskarte gestattet war und in der Fabrikbesitzer O. Weigert einen Vortrag über die Organisation der Arbeiter und die Streikversicherung mit besonderer Berücksichtigung der kürzlich gegründeten Streikversicherungsgesellschaft „Industria“ hielt. Die Versammlung war von Industriellen stark besucht. Polizei, die Arbeiterversammlungen selten ohne ihre geschätzte Anwesenheit läßt, war nicht vorhanden.

Der Redner wies einleitend auf die Unterschiede zwischen den Hirsch-Vander'schen Gewerksvereinen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften hin, wobei er den letzteren die weit größere Gefährlichkeit für die Unternehmer zusprach. Sodann ging er ausführlich auf die größeren Streiks ein, die in den letzten Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt haben. So sei der vorjährige Lithographenstreik bei den Haaren herbeigezogen ge-

wesen. Sicherlich ist dem Redner die Forderung auf Abschaffung der Arbeit und auf Bezahlung der Feiertage erschienen, ebenso die Weigerung der Arbeiter, solche Arbeit auszuführen, die aus Fabriken überwiesen wurde, in denen die Arbeiter streikten. Die Arbeiter hätten schließlich kein begeben müssen, sie hätten einen Verlust von 400 000 M. gehabt und hätten nicht alle wieder Arbeit gefunden, weil die Unternehmer diejenigen Arbeiter, die ihnen in Zeiten der Noth geholfen hätten, mit Recht nicht entlassen hätten. Auch beim letzten Formstreik sei es ähnlich gewesen, und man müsse sich fragen, wie vernünftige Menschen aus solchen Gründen einen Ausstand beginnen können.

Da sei es denn dringend Zeit, daß etwas geschehe, nicht nur der Unternehmer wegen, sondern auch, um die arbeitswilligen Arbeiter zu schützen. Der Organisation der Arbeiter müsse die geschlossene Organisation der Unternehmer entgegengestellt werden. Es sei nicht nötig, daß der § 152 der Gewerbe-Ordnung, der die Koalitionsfreiheit sichert, aufgehoben werde, weil dann ja vernünftiger auch die Koalitionsfreiheit der Unternehmer eingeschränkt werden würde. Dagegen müsse verlangt werden, daß der § 153, der die Bedrohung, Verrücktheit etc. mit Strafe bedroht, mit aller Strenge angewandt werde. — Ferner aber müßten die Unternehmer durch Selbsthilfe etwas zu erreichen versuchen. Erstens sollten sich die Unternehmer der einzelnen Branchen zu Berufsorganisationen zusammenschließen, um die gemeinsamen Interessen der Arbeiter gegenüber wahrnehmen zu können. Es sollten allgemeine gültige Arbeitsverordnungen geschaffen werden. Ferner müßten in jeder Branche kostenfreie Arbeitsnachweise geschaffen werden, und zwar dürften diese nicht zur Ausschließung derjenigen Arbeiter benutzt werden, die sich bei irgend einem Arbeitgeber mißliebig gemacht haben, sondern höchstens dürfte anderweitig streikenden Arbeitern keine Arbeit nachgewiesen werden. Auch sollten überall Arbeitervereine gebildet werden, damit sich Chef und Arbeiter bei drohenden Konflikten leicht verständigen können. Als drittes Postulat stellt der Redner auf, daß bei ausgedehnten Streiks regelmäßig die Einigungsämter der Gewerbeämter um einen Einigungsversuch angegangen würden. Und zwar sei es wünschenswert, daß ein solches Anrufen des Einigungsamtes durch das Gesetz obligatorisch gemacht werde. Selbst wenn dann eine Einigung nicht zu Stande komme, sei es schon ein großer Gewinn, daß durch das Einigungsamt die wirklichen Ursachen, die zu dem Streik geführt haben, vor der Öffentlichkeit klargestellt werden.

Endlich aber sei es dringend nötig, daß sich die Unternehmer gegen die ihnen durch Arbeitseinstellungen erwachsenden Verluste versicherten, wie es durch die jetzt gegründete „Industria“ möglich sei. Die Gründung einer solchen Gesellschaft habe bisher Schwierigkeiten gemacht, weil man kein Merkmal gehabt habe, wo die berechtigten Streiks aufhören und die unberechtigten, die allein unter

die Versicherung fallen können, anfangen. Dieses Merkmal sei durch die Vorschrift gegeben, daß regelmäßig, bevor die Versicherungsgesellschaft eintrete, das zuständige Einigungsamt angerufen werden müsse. Erscheinen die Arbeiter nicht vor dem Gewerbeamt oder wird ihr Streik für unberechtigt erklärt, dann trete die Gesellschaft für die Schäden ein. Prinzip der Gesellschaft sei, daß nur der nachweisbar entstandene Schaden, nicht aber entgangener Gewinn versichert werde. Durch diese Einrichtung würden in Zukunft viele unberechtigte Streiks unterbleiben, weil die Arbeiter wüßten, daß der Schaden nicht den Unternehmern, sondern die Versicherungsgesellschaft treffe. Viele arbeitswillige Arbeiter würden davor bewahrt werden, daß unberechtigterweise an ihr Solidaritätsgeld appelliert werde, welchem Appell sie im anderen Fall nur allzu häufig nachkämen. Die Arbeiter würden infolge aller dieser Umstände nach und nach einsehen, daß sie bisher schlecht geführt worden seien und daß die Vertreter des Kapitals und die der Arbeit nicht verschiedene, sondern gemeinsame Interessen haben. Die Versicherung gegen Streikverluste werde also dazu beitragen, den Frieden zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu schaffen.

Es entspann sich über den Vortrag sodann eine zum Theil recht rege Diskussion. Ein Herr Spinkowsky bedauert, daß die Fabrikanten früher die Girsch-Bunder'schen Gewerksvereine nicht unterstützt haben; hätten sie das gethan, dann würden die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht so groß geworden sein. Der Verband der Berliner Schuhfabrikanten, dem der Redner angehört, habe sich längst auf den Boden der Selbsthilfe gestellt und auch schon häufig Erfolge gehabt. Das richtige Prinzip sei es, wenn die Arbeiter, sofern in irgend einer Fabrik gestreikt werde, in der ganzen Branche aufgesperrt würden, und wenn die Unternehmer durch die Statuten ihrer Berufsorganisation, durch Straffestellungen gezwungen würden, sich den gestakten Beschlüssen zu fügen. Wenn aber die Arbeiter nur durch Ueberredung auf „arbeitswillige“ Arbeiter einzuwirken suchen, sich etwaigen Streiks anzuschließen, dann sollen sie bestraft werden! (Rief. d. „Boru.“) Er bestrafe, daß durch die geplante Versicherung die Arbeitswilligen geschützt werden. Anders läge die Sache, wenn den sämtlichen „arbeitswilligen“ Arbeitern, auch wenn die Fabrik stillstehe, der Lohn weitergezahlt werde. (Es wird gerufen, daß solle geschehen.) Wenn dies geschehe, dann würde jedoch wieder viel Mißbrauch getrieben werden und von den gezahlten Löhnen werde ein großer Theil in die Streiklisten fließen. Das Bestehen der Versicherung werde ein Ansporn für die Arbeiter sein, sich noch strenger zu organisieren. Sehr große Schwierigkeiten werde es machen, den wirklich entstandenen Schaden nachzuweisen. Das richtige sei seiner Meinung nach die Organisation der Unternehmer innerhalb der einzelnen Berufe und ebenso die gegenseitige Entscheidung innerhalb der Berufsverbände. Rechtsanwalt Dr. Lubjanski, der zu den Gründern der

„Industria“ gehört, theilt mit, daß die Zahlung des Lohnes an die arbeitswilligen Arbeiter in der That erfolgen werde, daß sich die Gesellschaft dagegen nicht darauf einlassen könne, entgangenen Gewinnen zu versichern. Sie könne nur den nachweisbaren entstandenen Schaden vergüten. Herr B. v. v., Vorstandmitglied der Freien Vereinigung der Berliner Holz-Industriellen, erzählt ebenfalls einiges aus seinen Erfahrungen. Zu den Arbeiter-Ausschüssen habe er kein Vertrauen. In seiner Branche beständen solche fast überall. Aber die Arbeiter hielten sich in allen Streitfällen an ihren Holzarbeiter-Verband. Die zu den Arbeiter-Ausschüssen gehörenden Arbeiter erklärten einfach, sie könnten keine Abmachungen treffen, sondern müßten erst abwarten, welche Weisungen sie von „oben“ bekämen. Bei dem Tischlerstreik im Frühjahr 1896 habe das Einigungsamt den Arbeitern einstimmig Unrecht gegeben; trotzdem aber hätten die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt, weil unter den Unternehmern keine Einigkeit gewesen sei und die kleineren Unternehmer erklärt hätten, sie seien bisher den großen gefolgt, könnten es jetzt aber nicht mehr aushalten und müßten den Forderungen der Arbeiter nachgeben. Für solche Fälle sei eben die Versicherung sehr praktisch. Auch bei den vielen aus Anlaß des 1. Mai entstandenen Streiks werde sie für die Unternehmer vortheilhaft sein. Außerdem aber müsse man neben den materiellen Vortheilen auch den moralischen Eindruck, den das Bestehen der Versicherung auf die Arbeiter machen werde, berücksichtigen. Bisher hätten die wohlorganisirten Arbeiter das Gefühl gehabt: wir werden gut unterthut, während ihr Unternehmer große Schäden erleidet. Das werde infolge der Versicherung anders werden. — Auf eine Anfrage desselben Redners, was die Versicherung den Industriellen kosten werde, erwidert Weigert, daß man darüber noch nichts in die Öffentlichkeit gelangen lassen könne, weil die mathematischen Berechnungen noch nicht abgeschlossen sind. — Zum Schluß giebt Herr Willner, Generalsekretär des Verbandes deutscher Kaufleute und Industrieller, der Meinung Ausdruck, daß innerhalb der Gesamtunternehmenschaft eine Interessensolidarität nicht bestehe, sondern nur innerhalb der einzelnen Branchen. Deshalb sage er: Organisiert Euch, aber nach Berufen! So machten es die Arbeiter auch. Zum Schluß wurde die folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erkennt die Nothwendigkeit einer Gesamtorganisation der Arbeitgeber in vollem Umfange an und begrüßt den Plan einer Versicherung gegen Verluste durch Arbeitseinstellung als den ersten Schritt hierzu um so fruchtbarer, als dadurch gleichzeitig ein wirksames Mittel zur Verhütung unberechtigter Ausstände gegeben wird.

Weiter-Prognose für Mittwoch, 17. November 1897.  
Ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden, Nachts froh und etwas höherer Tagestemperatur; keine oder unbedeutliche Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

**Achtung!**  
Am Freitag, den 19. November, abends 8½ Uhr, im Saale der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 57:

## Gr. öffentl. Volksversammlung.

Tages-Ordnung:  
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Städtgen über: „Was verlangen wir vom Rathhaus?“  
Bathhaus-Besuch, namentlich der Kommunalwähler des 38. Wahlbezirks, erwünscht.  
Das Wahlkomitee.

**Achtung!** Schönhauser Vorstadt. **Achtung!**  
**Kommunalwähler-Versammlung**  
für den 32. Wahlbezirk  
am Donnerstag, den 18. November, abends 8½ Uhr, in Wernau's Festsaal, Schwedterstraße 23/24.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Stichwahl. Referent: Reichstags-Abgeordneter Paul Singer. 2. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
Das Wahlkomitee.

## Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung

Für den 34. Kommunalwahlbezirk  
am Donnerstag, den 18. November, abends 8 Uhr, in Meyer's Salon, Adlerstr. 63:

Tages-Ordnung: Die bevorstehende Stichwahl. Referent: Stadtrathsrath Genosse Bruns. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
Der Einberufer.

**Moabit!** 40. Kommunal-Wahlbezirk. **Moabit!**  
Freitag, den 19. November, abends 8 Uhr,  
in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit No. 47/49:

## Gr. Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
„Die bevorstehende Stadtverordneten-Stichwahl“ Referenten: A. Nebel und Rechtsanwalt Wolfgang Heine. Diskussion und Verschiedenes.  
221/5  
Der Vertrauensmann.

**Achtung! Zinnerer Achtung!**  
Donnerstag, den 18. November, Abends 8 Uhr:

## Große öffentliche Versammlung

für Charlottenburg und Wilmersdorf  
in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.

Tages-Ordnung:  
1. Der Angriff der Baugewerksmeister auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Ref.: Genosse Silberschmidt. 2. Die Nothwendigkeit der Kampfpartei für unsere Vorbewegungen. 3. Verschiedenes.  
In dieser Versammlung werden die Kameraden von Bartsch, Eickhoff, Glesicke, Hahn, Hertling, Möbus, Prusnowski, Schrobendorff, Uebe, Zehliche, Burow, Krause, Kauschke, Pampun und Aktiengesellschaft für Bauausführungen ganz besonders eingeladen.  
278/12  
Der Vertrauensmann.

**Fachverein der Holz- und Bretterträger**  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 21. November, vormittags 10½ Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 20:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Der Streik der englischen Raschneider.  
2. Vereinsangelegenheiten.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
4. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwünscht.  
64/16  
Der Vorstand.

**Möbelpolierer.**  
Um Aufträgen und Verhörungen zu vermeiden, theilen wir hierdurch mit, daß Mayer, Hr. Frankfurterstr. 14; Wähler, Schwedterstr. 67; Holz, Warndorferstr. 10; Trilling, Friedenstr. 94; Schläter, Wogauerstr. 9a; Schmidt und Niebe, Friedenstr. 77, welche die G. Herhard, Michaelische 14 und Wagner, welcher bei Wenzel Nachf., Belfortstr. 14 zur Zeit die Polierarbeit verrichtet, Nichtmitglieder des Verbandes sind. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich bei Scherer, Blumenstraße 38, Mohr, Oranienstr. 197, Geffe, Schweinestr. 26.

Mitglieder, welche dagegen sind, daß die Streikenden pro Arbeitstag 3 Mark erhalten, werden gebeten, dieses schriftlich an Herrn Scherer bis Sonntagabend 7 Uhr abzugeben.  
154/5  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Donnerstag, den 18. November, abends 8½ Uhr,  
im Lokal „Märkischer Hof“, Admiral-Str. Nr. 18c:  
**General-Versammlung.**

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen; rege Theilnahme erwünscht.  
NB. Mitglieder, welche das ihnen zugehörige Protokoll des Parteitag noch nicht abgehoben haben, können dasselbe in dieser Versammlung beim Kassier, Gen. Harndt, in Empfang nehmen.  
241/6  
Der Vorstand.

## Mechaniker, Uhrmacher.

Donnerstag, den 18. November, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:

## Konferenz der Vertrauensmänner.

Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung. 2. Vorbereitung der Delegiertenwahl zur Ortsfrankenkasse.  
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, daß jede Verspätung vertreten ist. Die Konferenz wird pünktlich eröffnet.  
170/9  
Der Vertrauensmann.

## Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirth

Berlins und Umgegend.  
Freitag, den 19. November, nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Kollegen Zabell, Lindenstr. 106:

## Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über „Gesinde und Gesinde“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
In dieser Versammlung findet die Ausgabe der neuen Mitglieder-Verzeichnisse statt.  
Der Vorstand.  
J. A.: Ferdinand Ewald.

**Achtung! Schöneberg. Achtung!**  
Donnerstag, den 18. November, abends 8 Uhr, im großen Saale der Schlossbrauerei, Hauptstr. 112-114:

## Öffentliche Volksversammlung

für Männer und Frauen.  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zu den Stichwahlen. 2. Diskussion.  
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.  
206/4

## Aufforderung!

Von verschiedenen Seiten geht mir die Nachricht zu, daß der

## Berliner Arbeiter-Kalender

Händlern, welche sich mit dem Vertriebe des Kalenders befaßten, konfisziert worden ist. Ich ersuche alle diejenigen, welche in ihrem Gewerbebetriebe gestört worden sind, sich gefälligst bei mir zu melden, damit ich auf Grund ihrer Aussage den Weg der Beschwerde etc. betreten kann.

Th. Mayhofer Nachf., Verlags-Buchhandlung,  
Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzl. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6U.

**Tünninger**  
Borst- und Komervenfabrik  
**Christian Claussen.**  
Wellenchen Anzügen zu entwerfen, werden wir von nächster Woche bis 1. Januar 1898 im „Waldpark“, Alexandrinenstraße, eine Verkaufsstelle unserer sämtlichen Waaren ausmachen.

Al. Balancier gesucht. Offert. mit Preisang. H. Rothkopf, Görlitzerstr. 70.

**Wintertapetots**  
Opfermal. Sportb. Reanderstr. 4, Pfandl 18816

**Kapitalisten**  
mit 2-10 Tausend Mark Einlage können sich bei großen gewinnbringenden Unternehmen betheiligen. Offert. u. F. 4, Exped. d. „Boru.“

Montag, den 15. November, verfiel nach kurzen Leiden unser einziger Töchterchen Emma. Dies zeigt mit der Bitte um stille Theilnahme tiefbetrübt an.  
1882b  
Jacob Ehlerz u. Frau.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 1 Uhr, von der Köpferstr. 80 aus nach dem Thonhofhofe statt.  
1882b  
Mehrere Genossen Moabit.

Den Genossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß unser Genosse

**Paul Genske**  
am Montag gestorben ist. — Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Reichshalle des neuen Johannis-Kirchhofes bei Pödensee aus statt.  
1882b  
Mehrere Genossen Moabit.

**Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.**  
Unter Mitgl. Paul Schnee am 13. d. Mt. verstorben. Die Beerdigung findet am 17. nachm. um 4 Uhr von der Reichshalle des St. Wolgatha-Kirchhofes, Parndorferstr. 106/20 aus statt.  
1882b  
Die Lokalverwaltung.

**Orts-Krankenkasse**  
der Bildhauer, Studienteure und verwandter Gewerbe zu Berlin.  
Die nicht erledigte Tagesordnung der Generalversammlung vom 15. November 1897 soll nach Bestimmung derselben am Donnerstag, den 25. Novbr. 1897, abends 8½ Uhr, im Lokal Wittenstr. 16 beendet werden.  
Berlin, 16. November 1897.  
Der Vorstand.  
J. A.: J. Söner, Vorsitzender.

**Unterstützungs-Verein der Kupferhämde Deutschlands.**  
Hilfale Berlin.  
Zonnabend, den 19. November, abends punkt 9 Uhr:

**Versammlung**  
in Feind's Salon, Weinstr. 11.  
Da betreffs der Statutenänderung endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.  
99/20  
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse**  
der Möbelpolierer.  
Sonntag, den 21. November, nachmittags 2 Uhr,  
bei Scherer, Blumenstr. 38:  
Ordentliche  
Generalversammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Ergänzungswahl des Vorstandes, 2. Arbeitgeber und 4. Arbeitnehmer. 3. Wahl des Rechnungsausschusses. 4. Statutenänderung (siehe Einladung). 5. Anträge. 6. Die Zentralisation der Orts-Krankenkassen.  
154/5  
Berlin, den 17. November 1897.  
Der Vorstand.

**Feuerstein's Festsäle**  
Alte Jakobstr. 75.  
Juh. Martin Herzberg.  
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten u. koulanten Bedingungen.  
Vereinigungsraum für ca. 25 Personen zu vergeben. Drucke, Schriftverf. 65.  
Saal zu Versammlungen, Festlichkeiten und für Besuche noch mehrere Tage in der Woche frei. [3564]L\*  
Ferd. Ewald, Schönleinstr. 6.

**Englischen Unterricht u. Heber-sekungen bei**  
G. Liebknecht.  
Nr. 100, Kantstraße Nr. 100.

**A. und H. Dezember**  
wie auch u. Maschinenbau nach Seite frei Engl. Garten, Alexanderstr. 27c.  
Säle elektrisch erleuchtet. 3094b\*

**Saal frei**  
für Vereine, Gesellschaften  
32139\*  
Bergstrasse 12.

**Mundt's Saal.**  
Zuh.: Ernst Gründer.  
Röynderstraße 100.  
Fernsprecher Amt VII 39.  
Täglich: Grosser Ball.  
Entrée Herren 50 Pf.  
Tanz Garderobe Damen 25 Pf

**Cigarren** fabelhaft billig  
**Leihhaus** Wille von 3,95 an  
15 Cigarren, Servant, Besen, Besenhalter etc. 11/12. I. u. III. 8835

Bereinsg. u. Piano für ca. 60 Berl. zu verm. Karl Becker, Köpferstr. 191.  
Für Vereine noch einige Tage in der Woche frei u. Schul, Betraumstr. 18.

**Zahn-Atelier A. Jammer,**  
Nadlerstr. 15. Künstliche Zähne 2 M., auch Theilzahlung, Plomben etc.

**Unfallkassen, Klagen, Eingaben**  
**Putzger, Zigarrenstr. 65.**

**Betten, Ritterstr. 118. v. II r.**  
Gangb. fl. Zigarren-Weich. zu verk. im SO. Offert. u. K. 4. Exped. d. „Vorwärts“.  
1876b

Gr. möbl. Zimmer, 2 Orn., billig  
W. Kofuska, Gieselerstr. 20, Og.

Freundl. Schlafstelle Fildelstr. 32, vorn 4 Tr. Schulz.  
1893b

Möbl. Schlafst. zu verm. bei Wwe. Paderke, Oranienstr. 15.  
1891b

Schlafst. f. 1. R. (schl. sep.) auch möbl. Zim. f. 2, Köpferstr. 23a, u. IV. I.  
Gute Schlafst., 6 M., W. Dergel, Mantelstr. 78.  
1882b

Freundl. Schlafstelle für 2 Herren, Kirchb. 7, Seitenstr. I. Friedrich.  
Saubere Schlafstelle, zwei Personen, bei Frau Schreiner, Jahnstr. 5, II.

**Arbeitsmarkt.**  
**Achtung! Achtung!**  
**Holzarbeiter!**  
In der Möbelfabrik von [288]7  
**Eberhardt, Michaelbrücke 1,**  
Kauptstr. Holzmarktstr. 21, stehen 65 Tischler, 5 Drechsler und 25 Polierer im Streit. Zuzug ist fernzuhalten.  
Tüchtige  
**Schlosser, Dreher u. Hobler**  
finden dauernde, lohnende Beschäftigung bei  
4/20  
**Horney & Rädler,**  
Maschinenfabrik,  
**Neustadt, Necklenburg.**  
Tüchtige Blechspanner  
auf 1 mm Stahlblech verlangt  
**M. Fabian, Bahndorferstr. 59.**  
10 Karten Arbeiterinnen, geübte, verl. **Wolf, Neue Friedenstr. 48.**  
Schlosser auf Akkumulatoren verl. **D. Kranke u. Co., Friedenstr. 110.**  
Tüchtige Bildergläser verlangt  
**Wassersdorferstr. 46.**  
1895b





# Filz-Pantoffel — Filz-Schuhe

mit und ohne Ledersohlen von den einfachsten Sorten bis zu den elegantesten Neuheiten in allen Preislagen für Herren, Damen und Kinder.

# Alle Sorten Hausschuhe

aus Leder, Filz, Tuch, Sammet, Lasting, mit den verschiedenartigsten Woll-, Filz- und Pelz-Fütterungen für Herren, Damen und Kinder.

# Filz-, Tuch- und Leder-Stiefel

warmgefüttert mit Wolle, Filz oder Pelz. Filz- und Tuchstiefel mit und ohne Lederbesatz für Straße und Haus.  
Reichhaltige Auswahl für Herren, Damen und Kinder.

**Schuhwaarenhaus**  
**Carl Stiller** 40 Jerusalemerstr. 40,  
= am Dönhoffplatz. =  
= Gegründet 1867. =



**Betten**  
Bettstellen  
Matratzen.

Kompl. Federbett, groß u. neuen Federn, Bettstelle, Matratze und Kissen, alles zusammen 23.—, dasselbe feiner 33.—, 43.—, 63.—, 73.— u. höher Bettenfabrik, Stand 10.—, 11.50, 18.—, 30.— bis allerfeinste, Stapfen der Betten auf Wunsch im Besitze der Käufer Bettstellen, deutsche u. englische, für Erwachsene und Kinder. **Vollster**

Bettstellen, Chaiselongues, Matratzenfabrik, **Kinderwagen**, tiefenauswahl, hochmodern 10.—, 16.—, 20.— bis allerfeinste Kinderstühle, Puppenwagen.  
Mit III 5291.  
**Kinderwagen- und Schlafmöbel-Bazar „Baby“**, I. Junaalidenstr. 100, n. d. Markthalle. II. Alexanderstr. 44 (Alexanderplatz), III. Oranienstr. 70, Ecke Kommandantenstr. IV. Reinickendorferstr. 2 D-E. V. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22, I. für Wiederverkäufer nur Spezialisten. 100. Auch Teilzahlung gestattet v. 1 M. an wöchentl.

**Teilzahlung**, monatlich 10 M. **Herren-garderobe** fertig und nach Maß, gegen Anzahlung billige Preise. **Tomporowski**, Jadenstr. 37, I.

**Möbel** auf **Teilzahlung**. **Neue** **J. Kellermann**, Jakobstr. 26.

**Möbel und Polsterwaaren Franz Tutzauer**, Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.

**Ausnahme-Preise!**  
Bietet dem geehrten Publikum unter bekanntem Weithaus für Herren- und Knaben-Garderobe. Man wisse die Qualitäten und Façon unserer Sachen, beurtheile dann selbst, daß wir auch in dieser Saison an Billigkeit und Güte der Waaren jeder Konkurrenz die Spitze bieten. **Winter-Paletots** in tausendfacher Auswahl jetzt zu herabgeleiteten Preisen 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24 M., die feinsten, auch mit ledernem Futter, 25, 27, 30 M. **Jaquet- und Rock-Anzüge**, neueste Mode, von 12, 15, 18, 20, 25, 27 M., **Prachierempiere** 30, 33, 35 M. **Hohenzollern-Mäntel mit langer Falten-Pelerine** jetzt nur 18, 20, 25, 27, die besten 30, 33, 35, 40 M. **Gaule- und Jagd-Joppen** mit Lama-Futter von 5 M. an.  
**Goldene 110**, Leipziger Strasse 110.  
Heute Montag geöffnet v. 7—10 früh u. 12—2 Uhr mittags.

**Konkurs-Ausverkauf**

eleganter  
**Herren-Garderobe**  
der  
**Braunspan'schen Konkursmasse**.  
Pelerinen-Mäntel, Paletots, Joppen, Hock- und Jaquet-Anzüge, einzelne Hosen und Westen sowie Knaben-Anzüge werden  
**198 Oranienstraße 198**,  
Gegend Heinrichsplatz,  
täglich von 9—1 Uhr vormittags und 3—5<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags mit anderen Waaren zu billigen Tagespreisen ausverkauft.  
**Bestellungen nach Maass**  
werden unter Leitung **Bernhard Braunspan** von den noch vorhandenen Stoffen in bekannter guter Ausführung zu sehr soliden Preisen angefertigt.  
Sonntag Verkaufzeit: 8—10, 12—2 Uhr. **Der Verwalter**.

Die Weihnachts-Preisliste wird kostenfrei zugesandt.

**Donnerstag, Freitag, Sonnabend**

Versand-Abteilung Berlin W. Leipzigerstr. 132—33.

## Porzellan.

- |  |   |
|--|---|
| <b>Tassen</b> , Rokokoform, bemalt 25 Pf.  | <b>Dessertteller</b> , Blumenmuster 20 Pf.                |
| „ hohe Form, bemalt 28 Pf.   | „ weiss 12 Pf.  |
| „ weiss 14 Pf.   | <b>Kompottteller</b> , weiss 9 Pf.                        |
| <b>Theetassen</b> , bemalt 30 Pf.  | <b>Speiseteller</b> , weiss, tief und flach 18 Pf.        |
| <b>Satztöpfe</b> , elegante Form, 6 Stück 1,35 u. 1,55 Mk.   | <b>Muschelschalen</b> , bunt 12 Pf., blau 15 Pf.          |
| <b>Tafelservices</b> , Rokokoform, bemalt, 40 Teile f. 6 Personen, 23,50, elegante Form, Blumenmuster, 80 Teile für 12 Personen, 52, französ. Fabrikat, bemalt, 80 Teile für 12 Personen, 75 Mk. | <b>Fischservices</b> , 15 Teile für 12 Personen 11,50 Mk. |
| <b>Kaffeeservices</b> , elegante Form, für 6 Pers. 9,75, 16 Teile f. 12 Pers. 7,50 Mk.   |   |

## Steingut.

- |   |  |
|---|--|
| <b>Tassen</b> , Delfter Muster 20 Pf.   | <b>Milchtöpfe</b> , englische Majolika 38 Pf.  |
| „ einfarb. Muster 18 Pf.  | <b>Blumentöpfe</b> , englische Majolika 45 Pf. |
| <b>Teller</b> , Delfter Muster 8 und 10 Pf.   | <b>Weinblätter</b> , Majolika 13 und 15 Pf.    |
| <b>Schalen</b> , Delfter Muster 20 Pf.  | <b>Kompottschalen</b> , Delfter Muster 8 Pf.   |
| <b>Tafelservices</b> , einfarb. Bordüren-Muster, 29 Teile für 6 Personen 6,75 Mk.               |  |
| <b>Waschservices</b> , englisches Fabrikat, 5 Teile, einfarb. Muster, 5,50, buntes Muster 7,50, |  |
| <b>Waschservices</b> , grosse Form mit Goldrand und Malerei, 8,50 Mk.                           |  |

**Glas.**

- |  |   |
|--|---|
| <b>Bierbecher</b> mit Bordüre 18 Pf.                 | <b>Kompottschalen</b> 6, 10, 16, 20, 30, 45 Pf.       |
| <b>Theegläser</b> 15 Pf.                             | <b>Honigdosen</b> 12 Pf., <b>Teller</b> 6 u. 7 Pf.    |
| <b>Weingläser</b> 24 Pf.                             | <b>Butterdosen</b> 18 Pf.                             |
| <b>Wassergläser</b> 5 Pf.                            | <b>Zuckerschalen</b> 15 u. 20 Pf.                     |
| <b>Wasserflaschen</b> 24 Pf.                         | <b>Teller</b> , Olivenmuster 4 Pf., Stornmuster 5 Pf. |
| <b>Hyazinthengläser</b> , weiss, 8 Pf., blau, 10 Pf. |   |

## Emaile.

- |   |
|---|
| <b>Wannen</b> , Durchm. ca. 45 50 55 60 cm, marmor, oval, 1,50 1,70 2,20 2,50 Mk. |
| <b>Eimer</b> , marmor, mit Deckel, Durchm. ca. 28 cm, 1,25 Mk.                    |
| <b>Eimer</b> , Blumenmuster, mit Deckel, Durchm. ca. 28 cm, 2,10 Mk.              |
| <b>Durchschläge</b> , weiss, Durchm. ca. 16 18 cm, 42 50 Pf.                      |
| <b>Tassensiebe</b> , weiss, 18 Pf.  |
| <b>Wasserkessel</b> , Durchm. ca. 22 24 cm, marmor, 1,45 1,95 Mk.                 |
| <b>Kehrschaufeln</b> , marmor, Länge ca. 24 26 cm, 38 45 Pf.                      |
| <b>Seifenhalter</b> , marmor, 17 Pf.  |
| <b>Teller</b> , weiss, 10 Pf.   |
| <b>Wäscheklammern</b> , Schöck 15 Pf.   |
| <b>Kleiderbügel</b> , Dtzd. 40 Pf., poliert Dtzd. 70 Pf.                          |
| <b>Kohlenkasten</b> , 3 Grössen 1,05, 1,25, 1,50 Mk.                              |
| <b>Ascheimer</b> , 3 Grössen 1,10, 1,25, 1,40 Mk.                                 |
| <b>Vorratsbüchsen</b> , blau decoriert 25 Pf.                                     |
| <b>Spirituskocher</b> 30 Pf.  |
| <b>Küchenbretter</b> , 6 Grössen 10, 15, 23, 30, 40, 50 Pf.                       |
| <b>Aufschnittbrettchen</b> 9 Pf.  |

# Warenhaus A. Wertheim